

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährlich . . . 96.—  
jährlich . . . 192.—

Abkündigung von Manuskripten erfolgt nur bei  
Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag (Agita) 1924.

## Eine notwendige Abwehr

Nur ungern, aber gezwungen durch die unaufhörlichen und die Politik unserer Partei entstellenden Angriffe des „Bravo Lidu“ müssen wir uns noch einmal mit dieser systematischen Kampagne beschäftigen, die, wenn sie direkt darauf angelegt wäre, das Verhältnis zwischen der deutschen und tschechischen Arbeiterschaft zu vergiften, kaum noch gefährlicher geführt werden könnte. Der letzte Parteitag der tschechischen Sozialdemokraten, der in Ostrau tagte, hat in einer Resolution den Wunsch ausgedrückt, es mögen die Polemiken der tschechischen sozialdemokratischen Presse mit unserer Partei in brüderlichem Geiste geführt werden. Diese Resolution ist infolge der traurigen polemischen Methoden des „Bravo Lidu“ und anderer tschechischer Parteiblätter, auf dem Papier geblieben. Nicht nur daß die tschechischen Arbeiter durch das tschechische Zentralorgan fortgesetzt in einer Weise informiert werden, die selbst den Funken eines Verständnisses für die Kämpfe, die wir nicht ohne Schuld der tschechischen Sozialdemokratie gegen die Verhältnisse im Staate zu führen gezwungen sind, vernichten läßt. Und mehr noch: unsere Politik wird den tschechischen Arbeitern in einer Verzerrung und in einem Lichte gezeigt, daß sie geeignet erscheint, deren nationalistischen Instinkte aufzuwecken. Während die deutsch-nationale Presse unsere Partei des nationalen Verrates bezichtigt, gefällt sich das „Bravo Lidu“, dessen Partei in engster politischer und nationaler Gemeinschaft mit dem tschechischen Bürgertum steht, ständig darin, die deutsche sozialdemokratische Partei als im Schlepptau der deutschen nationalen Bourgeoisie stehend, seinen Besern vorzuführen. Unser sozialistischer Kampf gegen die Attentate auf das deutsche Schulwesen und gegen die Gewaltmethoden der Nachahmer wird ebenso wie unser demokratischer Kampf gegen das absolutistische Regierungssystem als Zeichen unserer nationalistischen Gesinnung und unserer Feindschaft gegen die Republik beharrlich ausgelegt. Diesen Ausfällen sucht das „Bravo Lidu“ auch noch eine persönliche Spitze zu geben, indem es immer aufs neue die Behauptung erhebt, zwischen der Führung der Partei und der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft bestünden über Taktik und Politik scharfe Gegensätze und sogar in der Führung wären zwei Strömungen, von denen die eine den „Nationalismus“ der andern mißbillige. Dieses liebliche Spiel wird unter Methoden fortgeführt, die in der Parteigeschichte kein Beispiel finden. Der Abgeordnete und Chefredakteur des „Bravo Lidu“, Josef Stivin, hat beispielsweise vor 14 Tagen behauptet, die Anregung zu der Nichtbeteiligung unserer Partei und der übrigen Opposition an der Budgetberatung sei „nach seinen Informationen“ von Karl Prasek (dem früheren tschechischen Senatspräsidenten!) ausgegangen, in welcher Behauptung sein geringerer Vortwurf eingeschlossen ist, als der, unsere Partei habe sich zum Werkzeug Karl Praseks, der dem Ministerpräsidenten feindselig ist, gemacht. Wir haben die Unsinnigkeit und Unwahrheit dieser aus den Fingern gelegenen Beschuldigungen nachgewiesen, aber bis heute hat weder Stivin die Verdächtigung widerrufen, noch hat die tschechische Partei schon über das Verhalten ihres Chefredakteurs geäußert. Statt dessen hat sich das „Bravo Lidu“ seither neue gefährliche Angriffe geleistet, darunter gestern wegen der Erklärung unserer Partei im Senatsausschusse zwei besonders saftige, deren einer darauf hinausläuft, das alte Märchen von dem Gegensatz der Führer und der Arbeiterschaft aufzuwärmen, während der andere den Zweck verfolgt, die deutsche Sozialdemokratie in den „Armen der deutschen Bourgeoisie“ liegend darzustellen.

Wir würden es für eine vergebliche Mühe halten, dem „Bravo Lidu“ auseinanderzusetzen zu wollen, daß unsere Partei in ihrem Kampfe gegen das nationale Unterdrückungssystem im Staate noch nie um eines Haars Breite von den internationalen Grundsätzen und vom Geiste

des Sozialismus abgewichen ist, und daß unsere Politik nur die Fortführung des Kampfes der Partei im alten Oesterreich bedeutet, der, damals gegen die Vorherrschaft der deutschen Bourgeoisie gerichtet, noch Schulter an Schulter mit der tschechischen Sozialdemokratie geführt wurde. Das Blatt der tschechischen Partei erblickt jetzt seine besondere Aufgabe darin, jeden Angriff auf die herrschende nationale und soziale Reaktion wie eine Gotteslästerung aufzunehmen, darum hält es schwer, sich mit ihm zu verständigen. Doch was getan werden muß, das ist, der Parteioffenheit, auch jener des Auslandes, zu zeigen, wer es ist, der darauf hinarbeitet, die letzten Brücken zwischen der deutschen und der tschechischen Partei zu zerstören und zwischen der deutschen und tschechischen Partei Mißtrauen und Verbitterung zu pflanzen.

Aus Anlaß des Sozialpolitischen Kongresses in Prag veranstaltete unsere Partei zu Ehren der anwesenden ausländischen Genossen einen Festabend, zu dem auch mehrere tschechische Genossen geladen waren. Von einigen ausländischen Gästen wurden dabei Reden gehalten, in denen der Wunsch nach einer endlichen Vereinigung der deutschen und tschechischen Partei mitslang. Vor einigen Tagen veröffentlichte nun das „Bravo Lidu“ kurze Auszüge aus diesen Reden und leitete sie mit den Worten ein, es werde damit den deutschen Sozialdemokraten in Erinnerung gebracht, was sich das Blatt „für den geeigneten Augenblick aufgehoben habe.“ Ist das nicht nett? Die tschechischen Genossen nehmen als Gäste an einer von uns veranstalteten Feier teil, aber der Abgeordnete des „Bravo Lidu“ faßt sein Gastrecht so auf, daß er sich eifrig bemüht, dort gegen unsere Partei „Material“ zu sammeln, damit er es „für den geeigneten Augenblick aufgehoben“ kann! Aus den, wenn auch nicht vertraulichen, so doch nicht zur Veröffentlichung bestimmten Reden macht er Auszüge, die er dann wochenlang als Dolch im Gewand mit sich trägt, um im „geeigneten Augenblick“ den Gastgeber, der keine Aufzeichnungen besitzt, zu überfallen. Aber das Schönste ist, daß die vom „Bravo Lidu“ gebrachten Auszüge, insbesondere aus der Rede des Genossen Dr. Kerner, in ihrer Zusammenhanglosigkeit eine direkte Fälschung sind, denn der Sinn dieser Rede war ein durchaus anderer. Doch während das „Bravo Lidu“ unter Mißbrauch der Gastfreundschaft mit solchem „Material“ gegen unsere Partei arbeitet, verschweigt es, daß der damals anwesende Ehrenvorsitzende der tschechischen Partei, Anton Ršmec, in seiner Rede sich eine beispiellose Taktlosigkeit zuschulden kommen ließ, die sogar die Bestürzung seiner eigenen Parteifreunde hervorrief, indem er sagte, er sei überzeugt, die deutsche und tschechische Sozialdemokratie wäre längst weiter, wenn Genosse Seliger noch leben würde. Darin liegt die Beschuldigung, unsere Partei, vor allem ihre Führung, wäre von der Politik Seligers heillos abgeirrt; der Augenblick, da die tschechischen Genossen bei uns zu Gäste sind, ist gewiß ein ganz besonders geeigneter, unseren ersten Vertrauensmännern an den Kopf zu schleudern, sie verwalteten das politische Erbe Seligers schlecht und sie seien das Hindernis für die Einigung der sozialistischen Proletariats der beiden Nationen!

Aber darüber schweigt das „Bravo Lidu“, denn dieses liebliche Wursgeschloß entstammt ja seinem eigenen Arsenal, ebenso wie das Bestreben, die Partei gegen ihre Vertrauensmänner auszuspielen. Immer aufs neue versucht der Chefredakteur Stivin, die angeblich „irrende“ Politik der deutschen Sozialdemokratie darauf zurückzuführen, daß Seliger nicht mehr die Partei führe, wobei er nicht verläßt, dem Toten stets neue Tränen nachzuweinen. Aber, daß es nur Krokodilstränen sind, die er vergießt, dessen wird man gewahr, wenn man sich erinnert, daß Stivin zu Lebzeiten Seligers gans dasselbe Spiel trieb, wie jetzt,

## Chamberlain in Paris.

Die Fragen der Sicherheit und des Nahen Ostens zur Beratung.

Paris, 4. Dezember. (Havas.) Der britische Außenminister Außenminister Chamberlain, begleitet von seinem Sekretär, kam heute um 19.15 Uhr in Paris an. Vom Bahnhof, wo er durch den Vertreter des französischen Außenministers und den britischen Botschafter begrüßt wurde, begab er sich in das Botschaftsgebäude.

Paris, 4. Dezember. Chamberlain wird morgen vormittag dem Präsidenten der Republik Doumergue einen Besuch abstatten, worauf um 11 Uhr eine Beratung mit dem

Ministerpräsidenten stattfinden wird. In der Konferenz werden besonders die Fragen der Sicherheit und des Nahen Ostens behandelt werden.

Die englische Botschaft sendte der Agence Havas eine Erklärung, in der es heißt, der Hauptzweck der Reise Chamberlains sei die Teilnahme an der römischen Tagung des Völkerbundes. Chamberlain benütze die Gelegenheit, dem französischen Ministerpräsidenten in Paris einen Besuch abzustatten, und mit ihm die Ansichten über verschiedene, beide Regierungen interessierende Fragen auszutauschen.

## Sadoul in Paris verhaftet.

Prag, 4. Dezember. (Eigenbericht.) Die französische kommunistische Partei hatte vor kurzem in den feinerzeit in seiner Abwesenheit zum Tode verurteilten Hauptmann Sadoul, der sich jahrelang in Moskau und zuletzt in Berlin aufhalten hatte, die Aufforderung gerichtet, nach Frankreich zurückzukehren. Er habe dieser Aufforderung Folge geleistet und war mit einem falschen diplomatischen Paß nach Paris gekommen. Obwohl seine Abwesenheit von der russischen Botschaft pfeilschnell bemerkt wurde, ist Sadoul heute vormittag in Paris auf der Straße verhaftet worden.

Die Verhaftung erweckte in der Öffentlichkeit großes Aufsehen; die Abendblätter, welche in aufregendem Druck die Verhaftung Sadouls anzeigten, wurden gierig gekauft.

Der kommunistische Deputierte Berthoin brachte in der Kammer eine Interpellation über die Verhaftung Sadouls ein. Die Interpellation wurde auf Ersuchen des Ministerpräsidenten Herrriot mit 544 gegen 29 Stimmen auf unbestimmte Zeit vertagt und die Sitzung geschlossen.

Kapitän Sadoul, dessen Verhaftung gegenwärtig die politischen Kreise in hohem Maße beschäftigt, war ursprünglich Adokat beim Appellationsgerichtshof. Als Kapitän wurde er während des Krieges im Jahre 1917 der französischen Mission in Russland zugeteilt. Zu dieser Zeit versuchte er, in Odessa französische Soldaten für die Rote Armee anzuwerben. Er war mit Lenin und Trotski persönlich bekannt und genöß bei ihnen große Wertschätzung. In Mos-

kau begründete er eine französische Zeitung, welcher der bolschewistischen Propaganda in der französischen Kolonie gewidmet war. Später wurde er zum Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten für die Ukraine ernannt. Er ist auch Mitglied des Präsidiums der III. Internationale. Im Jahre 1919 löste er französische Gefangene in die Rote Armee und wurde von einem französischen Gerichtshof in demselben Jahre contumaciam zum Tode verurteilt.

## Neue Opfer der Kriegsgerichte in Neval.

Weitere zwölf Kommunisten erschossen.

Riga, 4. Dezember. (Eigenbericht.) Das estnische Standgericht hat weitere zwölf Kommunisten wegen Teilnahme am Putsch in Neval erschossen lassen. Die estnische Regierung will genaue Beweise dafür in der Hand haben, daß dieser Putsch von Ruffen aus vorbereitet worden sei. Sie habe angeblich festgestellt, daß unter den Verhafteten eine große Anzahl von Personen sei, die überhaupt mit russisch sprechen könnte. Die „Pravda“ führt eine drohende Sprache gegen Estland.

Neval, 4. Dezember. (Havas.) Das Militärgericht hat 17 kommunistische Anführer zum Tode verurteilt und drei Personen freigesprochen. Bisher wurden 300 Personen verurteilt.

daß er auch damals versuchte, die Arbeiter in Gegensatz zu dem Führer der Partei zu bringen. In einem Artikel des „Bravo Lidu“ vom 20. November 1919, betitelt „Genosse Seliger über uns“, schließt er mit den Worten:

Dem Genossen Seliger fehlt der Sinn für eine weitere und objektive Erfassung der Dinge wie jedem, der sich in den Dienst der nationalen Idee begeben hat. Wir wissen, daß die deutschen Arbeiter diesem Fehler nicht unterlegen sind und daher glauben wir, daß der Weg zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamen Kämpfen gefunden wird, oder mit den heutigen politischen Methoden des Genossen Seliger wird das nicht erreicht.

Darauf gab Seliger am 23. November 1919 in der „Freiheit“ folgende Antwort:

„Aber ein Weg würde uns beiden dieses Ziel veranmelden, ein Weg, den aussehend der Genosse Stivin betritt: der Weg der Spaltung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie. Ich spreche das nicht aus Bösartigkeit aus, daß dieser Weg zu einem praktischen Ergebnis für den Genossen Stivin führen könnte, aber diese Methode der Behandlung der für uns beide so wichtigen Frage könnte leicht dazu führen, die Auseinandersetzungen zwischen uns beiden zu verwirren, die doch nur dazu dienen sollen, uns zur Gemeinsamkeit durchzuführen und durchzukämpfen. Was anders soll es denn heißen, wenn Genosse Stivin immer wieder versucht, zwischen mir und der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft einen Gegensatz zu

konstruieren? Man merke die Absicht, und wenn man auch persönlich nicht versimmt wird, so muß doch gesagt werden, daß eine solche Auffassung bei unseren tschechischen Genossen zu völliger Unzufriedenheit verdammt wäre. Mehr denn je haben wir deutschen Arbeiter in diesen Tagen erkennen müssen, welche ungehauerte Schatz für das Proletariat eines Volkes in seiner Einheit und Geschlossenheit liegt. . . Diese Erkenntnis ist so tief im Bewußtsein der deutschen Genossen und Genossinnen, daß jede Bemühung, sie zu entwurzeln, scheitern wird. Das ist meine unerschütterliche Überzeugung.“

Ist es nicht haargenau dasselbe Mittel, dessen sich Stivin und das „Bravo Lidu“ jetzt gegen uns bedient? Dem roten Seliger hatten sie uns als Musterbeispiel sozialistischer und internationaler Gesinnung vor, doch solange er lebte, fehlte ihm „der Sinn für eine weitere und objektive Erfassung der Dinge“, er erschien ihnen im „Dienste der nationalen Idee“ und zwischen ihm und der deutschen Arbeiterschaft suchten sie einen Gegensatz zu konstruieren. Die Bemühungen Stivins werden natürlich jetzt ebensowenig Erfolg haben, wie unter Seliger, aber das Treiben des „Bravo Lidu“ und seines Leiters, mußten einmal die notwendige Bloßstellung und Abwehr erfahren. Stivins neue Methoden sind auch seine alten. Sie werden nicht vermögen, uns von unserem Wege, der der Weg des Sozialismus und der demokratischen Gerechtigkeit ist, abirren zu lassen!

# Unter Siegel und Hammer.

Unter den Symbolen der schaffenden Arbeit und ihrer Freiheit, im Zeichen der bäuerlichen Siegel und des industriellen Hammers wurde als Frucht der Revolution von 1917, der die Vergeistigung des Weltproletariats gehörte, Sowjetrußland errichtet. Weil es diese Symbole an der Stirn trägt und weil es sich sozialistisches oder kommunistisches Rußland nennt, beansprucht es die Anteilnahme und Liebe aller revolutionären Arbeiter und sollte sie auch verdienen. Aber aus diesem Rußland, das seinen Volk im Namen der Diktatur des Proletariats Freiheit, Aufregung, Menschlichkeit verheißt, wurde in Laufe der Jahre durch die Diktatur einer Partei und später einiger Parteipäpste ein Gift für alle Freiheitlichen Regungen, ein Fackelhof der Leiber und Geister, die sich dem drakonischen Zwang und blutigen Terror nicht beugen. Die Gefängnisse und Verbannungsorte des weichen russischen Reiches sind überfüllt von den Tausenden Sozialisten aller Lebensalter und Geschlechter, die Stimmen derer, die nach Demokratie und Ordnung rufen, werden mit den Mitteln und Methoden brutalster Gewalt unterdrückt. Im Ausland aber verbreitet die den Moskauer Herrschern allzeit gefügige kommunistische Presse Tag für Tag begeisterte Berichte über den ständigen Aufschwung der Lebenshaltung und der Kultur des russischen Volkes und wo sich ein russischer sozialdemokratischer Auswanderer oder Flüchtling oder gar ein bürgerlicher Rußlandler, fahndend zum Worte meldet, um die Wahrheiten zu erzählen, die er gesehen, wird er von den kommunistischen Zeitungen als ein dem Kapitalismus höriger Lügner und Verleumder gebrandmarkt.

Man muß sich also, um reines Glauben auch bei den den Bolschewikern eingeschworenen zu finden, schon auf kommunistische Zeugnisse berufen, wenn man die namenlos traurigen Zustände besuchen will, die zur Zeit in Sowjetrußland herrschen. Man muß beispielsweise das bolschewistische Moskauer Zentralorgan, die „Pravda“, zitieren, um es den Kommunisten nicht so leicht zu machen, die Feststellung, daß die bolschewistische Diktatur außer Stande ist, den Leiden des russischen Volkes abzuhelfen, damit zu „widerlegen“, daß diese Leidensgeschichten menschenschwermere oder bürgerliche Lügen seien. Und diese „Pravda“, sicher doch ängstlich darauf bedacht, unangenehme Wahrheiten nur im äußersten Notfall nicht zu unterdrücken, muß geradezu Entsetzliches berichten über das himmelschreiende Elend des russischen Nachwuchses, der doch nach den sonstigen offiziellen Berichten der Lunatscharskis mit Natur förmlich überfüllt wird. Die Wahrheit ist, soweit ihr in diesem Falle die „Pravda“ gerecht wird, daß die Benachteiligung und Kriminalität der Jugendlichen in diesem „sozialistischen“ Staat ins Uferlose steigt, daß Hunderttausende Halbwüchsiger als Landstreicher und Räuber, in Geschlechtskrankheiten, Kolera, Malaria und in allen möglichen, nur ausdenkbaren Lasten verkommen. Die Sowjetregierung ist ohnmächtig. Daß sie, wie nicht der rückschrittlichste Staat, die Sechzehnjährigen der allgemeinen Gerichtsbarkeit ausliefert, daß die „Pravda“ nach „eisernen Gittern“ ruft, vermag diesem wahrlich beispiellosen Jammer nicht abzuhelfen.

Verlotterung drückt Sowjetrußland das Gepräge auf; unter ihr leiden wie die Jungen so auch die Alten. Die kommunistischen Kontrollkommissionen melden unausgesetzt Korruption aus allen Teilen des Landes, ein einziger dieser Berichte meldet allein aus dem Don-Gebiet 48 Ausfälle aus der Partei wegen Minderung an Staatseigentum, 22 wegen Erpressung, 71 wegen Bestechung, 16 wegen Unterschlagung. Eine unerhörte Häufung von Korruptionsfällen und Verbrechen aller Art — das sind einige der Folgen jenes „Kommunismus“, dem das hungernde, für die niedrigsten Löhne arbeitende russische Proletariat ausgeliefert ist.

Und so wie die stützende und soziale Freiheit Sowjetrußlands, steht auch seine politische aus. Die öffentlichen Lokale der großen Städte sind von Spiegeln überfüllt, täglich werden Arbeiter, So-

# Zusammenstöße an der Belgrader Universität.

## Gendarmerie gegen Studenten. — Zehn Studenten und fünf Gendarmen verwundet.

Belgrad, 4. Dezember. Nach Meldungen aus Agram wurden die Vorlesungen an der dortigen Universität wegen Störung der derselben durch streikende Studenten eingestellt. Heute vormittag hielten die Belgrader Studenten in der Aula der Universität eine Versammlung ab, in welcher gegen die Verletzung der Autonomie der Agrarmer Universität durch die Pensionierung der der Regierung nicht genehmen Professoren protestiert wurde.

Als die Studenten versuchten, eine Manifestation auf der Straße zu veranstalten, wurden sie durch Gendarmerie in das Gebäude der Universität zurückgedrängt. Die Gendarmen betreten auch die Aula, wo sie mit Revolvergeschüssen empfangen wurden. Hieraus drang eine Abteilung der Miliz in die Aula ein und es folgten einem blutigen Kampfe, in dessen Verlaufe zahlreiche Studenten und mehrere Gendarmen verwundet wurden. Ein schwerverletzter Student

## Generalkrieg in Lodz.

Warschau, 4. Dezember. Die Streiklage in der Lodzer Textilindustrie hat sich heute wesentlich zugespitzt. In der heute stattgefundenen Beratung der Streikleitung wurde beschlossen, morgen, den 5. d. Mts., in Lodz den Generalkrieg zu proklamieren. Die gemeinsamen Anstalten werden an dem Generalkrieg nicht teilnehmen.

Die Regierung hat die Lodzer Textilindustriellen nach Warschau berufen, und ihnen in einer im Handelsministerium stattgefundenen Kon-

ferenz ein Schiedsgericht vorgeschlagen. Die Industriellen wollen morgen den Vorschlag der Regierung beantworten.

Die Moral, mit der die Bolschewik ihre Politik betreiben, ist die untermenschlische, die sich überhaupt denken läßt. Als Beweis dafür dienen folgende: Bei dem „menschewistischen“ Aufstand in Georgien gerieten zwei kommunistische Führer in Gefangenschaft, über die die Verleumdung zu erzählen wußte, sie seien abgeschlachtet oder mißhandelt worden. Die Antwort auf die Verleumdung gab der Kommunist Kachiani (wörtlich nach der kommunistischen „Rabotshaja Pravda“):

„Wir werden gefragt, welches Schicksal einige unserer Genossen, darunter die Genossen Stur und Ruben, betroffen hat. Wir gaben bisher darüber keine Mitteilungen, da wir überzeugt waren, daß die betreffenden Genossen heil und unverletzt zurückkehren werden. Wir waren überzeugt, daß die Menschewisten es nicht wagen werden, unseren Genossen Böses zuzufügen. Es muß gesagt werden, daß die Menschewisten in dieser Beziehung sich charakterlos, schwach und weichmütig erwiesen haben. Sie haben einen demokratischen Auffstand inszeniert, entsprechend den demokratischen Prinzipien, und vermochten keinen einzigen unserer Genossen hinzurichten, obwohl wir Hunderte von ihnen niederstießen, und obwohl unter den Erschossenen sich sogar Mitglieder ihres Zentralkomitees befanden. Vielleicht waren sie von anderen Motiven geleitet. Sie befinden sich ja in Beziehungen mit Europa und erzählen dort von ihrer christlichen Haltung und gegenüber und von dem barbarischen Verhalten der Bolschewisten, die ihnen sogar das Recht auf Christentum abprechen. Mögen sie sagen, was sie wollen, uns berührt das nicht. Tatsache ist jedenfalls, daß sie unsere Genossen gefangen nahmen und dann in Freiheit setzten, ohne sie irgendwie angetastet zu haben.“

den erhaltenen Verletzungen bereits erlegen sein.

Belgrad, 4. Dezember. Die Nachricht über die blutigen Vorgänge an der hiesigen Universität haben in der Stadt einen peinlichen Eindruck hervorgerufen. An maßgebender Stelle wird erklärt, daß der bedauerliche Zusammenstoß durch kommunistische Studenten provoziert (?) worden sei, welche gegen die Gendarmerie Revolvergeschüsse abgegeben hätten. Nach offizieller Angabe wurden zehn Studenten und fünf Gendarmen verwundet, darunter mehrere schwer, 10 Studenten wurden verhaftet.

In oppositionellen Kreisen wird behauptet, daß der blutige Zusammenstoß durch das ungestüme Vorgehen der Polizei verursacht worden sei, da diese ohne Ursache losgelassen mit blanker Waffe gegen die Studenten vorging. Nach dem Zusammenstoß wurden die Straßen in der Umgebung der Universität polizeilich abgeperrt und der Verkehr erst nach Fortreuung des Publikums wieder freigegeben.

Paris, 4. Dezember. (Eigenbericht.) Der neuernannte russische Botschafter in Paris Krassin ist heute vormittag in der französischen Hauptstadt eingetroffen. Seine Ankunft wurde von der kommunistischen Partei zu einer Kundgebung benutzt, an der gegen tausend Personen teilnahmen.

## Krassin in Paris.

Paris, 4. Dezember. (Eigenbericht.) Der neuernannte russische Botschafter in Paris Krassin ist heute vormittag in der französischen Hauptstadt eingetroffen. Seine Ankunft wurde von der kommunistischen Partei zu einer Kundgebung benutzt, an der gegen tausend Personen teilnahmen.

Trumpf des Mordes und der Mörder, jenseits des Schlägels in überauschter Barbaren über jene, die in ihrer „Einsam“ auch im Segner den Menschen ehren! Diese Tierheit — das ist die Wirkung der bolschewistischen Erluchtung der armen russischen Menschen.

Tut nichts. Rußland ist dennoch ein „sozialistischer“ Staat. Es hat für sich dem Kapitalismus „den Garau gemacht.“ Beweis: Vor kurzem hat die Sowjetregierung dem amerikanischen Truistion Harriman für zwanzig Jahre das Monopol zur Ausbeutung und Ausfuhr der Manganerze in Georgien — der reichsten der Welt — für insgesamt 30 Millionen Dollar ausgeliefert und ihn so zum Alleinherrscher auf dem Manganmarkt gemacht. So bekämpfen die Moskauer Weltrevolutionäre das Truistkapital! Wahrscheinlich hoffen sie auf diese Weise, indem sie den Industriemagnaten gegen den Augenminister ausspielen, Rußlands Amerikennennung durch Amerika zu erzwingen, die durch Einstellung der inneren Terrorherrschaft ebenfalls zu machen sie im Interesse der persönlichen Machtstellung keine Lust zeigen.

Dennoch, die russische Revolution, in deren Namen die Snowjens und Schalin auftreten, hat weder einen Fortschritt erzielt; seit einigen Tagen gibt es, wie die ständische Kommunistenpresse aus der „Prager Presse“ erzählt, eine — Leser, verbeuge dich! — eine „Sowjetmole“! Die Mongolei ist, worüber die kommunistischen Arbeiter Reichensberg und Prags zu Ausrufen des Entsetzens veranlaßt werden, eine „Volksrepublik mit Sowjetregierung“ geworden. Sogleichend schreibt der „Vorwärts“:

„Das große russische Beispiel mußte in dem mongolischen Naturvolk, dessen Denkweise weder durch die Amsterdamer, noch durch die sozialdemokratischen Irrlehren vergiftet wurde, den Gedanken erwecken, daß die Sowjetordnung, in welcher nur die Arbeitenden und nur die Besten regieren, ihre Befehle selbst schaffen und sie selbst

durchführen, die einzige Garantie wirklicher Freiheit und Unabhängigkeit ist.“

Es lohnt sich, diese Sowjetmongolei und damit eine neue Sowjetmongolei ein wenig zu untersuchen. Die „wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit“ der Mongolen, dieses kleinen Volksstammes von Steppennomaden und Viehzüchtern, steht so aus, daß sie seit ihrer Befreiung vom chinesischen Joch einfach und schon vor der Einführung der Sowjetverfassung unter der Herrschaft des Sowjetimperiums gefallen sind. Der den Kommunisten neuerdings so sympathische Sven Bedin erzählt in seinem jüngsten Buche (1923), daß die „Russen die Herrin des Landes sind und die Mongolen müssen sich ihren Befehlen fügen.“ „Ohne russische Erlaubnis darf man“ schon seit Jahren, „weder hinein noch hinaus“. So ist die Freiheit gestaltet, die Sowjetrußland den Mongolen brachte! Sie loben jetzt eben statt unter der chinesischen, unter der sowjetimperialistischen Joch. Die Sowjetverfassung hat man diesem unglücklichen, ja kaum zivilisierten Volke aufgezwungen — und diese Gewaltthätigkeit über ein Volk von Hirten und Jägern nennt der „Vorwärts“ einen Beweis für die „Befreiung der Menschheit“ im Zeichen der Siegel und des Hammers“. Unter dem Hammer wäre richtiger.

Auf Schritt und Tritt entzogen die Diktatoren in Rußland die Symbole der schaffenden Arbeit, der geistigen Freiheit und der sozialistischen Revolution. Unter ihren Händen wird die Stätte des Kommunismus zu einem Hort der politischen, sozialen und moralischen Reaktion. Alle wirtschaftlich sozialistischen Menschen der Welt haben darum das brennende Interesse, daß die Methoden der sowjetrussischen Diktatur von heute hinweggefegt werden und daß an ihre Stelle tritt wahrhaftes Recht und Demokratie als die Voraussetzungen für die Freiheit der Arbeit der Siegel, des Hammers und des Geistes.

# Inland. Minister-Reden.

Im Budgetauschuß des Senates gab es gestern wiederum einige Ministerreden.

## Milch und Getreide.

Beim Kapitel „Ackerbauministerium“ verlies Minister Rodza auf die Vorwürfe des Reichertens, als ob die Bodenreform an dem Zinken der Milchwirtschaft schuldtragend wäre. Er stellt fest, daß man auf diese Vorwürfe einzugehen und allein mit Ziffermaterial antworten könne. Unser Vorkriegszustand, soweit er die Milchproduktion betrifft, war etwa der, daß man auf 1000 Einwohner 160 Kühe zählte. Wie bekannt, sank nach dem Kriege die Milchproduktion. 1918 kamen auf 1000 Einwohner nur 138 Kühe; heute können wir 1000 Kühe auf 1000 Einwohner zählen. Man rechnet auf eine Kuh etwa 2000 Liter jährlich, das bedeutet 300.000 Liter auf 1000 Einwohner oder 150 Liter auf einen Einwohner, während die zweite Hälfte für Milchzucker verwendet wird. Das sind täglich 0,4 Liter auf einen Einwohner, dessen normaler Verbrauch nach der Statistik aber nur 0,3 Liter beträgt. Man kann nicht sagen, daß die Bodenreform unsere Milchproduktion geschädigt hätte, aber es zeigt sich hier dieselbe Erscheinung, wie sie sich bei den Fleischpreisen im letzten und auf den Schlachtabfällen zeigte, nämlich eine Störung der kommerziellen Organisation. Diese Störungen werden verschoben, sowie die Erzeugung im neuen Rahmen stabilisiert sein wird. Was unsere Getreideproduktion betrifft, haben wir einige Getreidearten, wie Weizen, Korn und Gerste, die in gewissen Sinne gesunken sind. Dagegen sind andere Arten, insbesondere Brotgetreide, wieder erheblich gestiegen, so daß sich ungefähr ein Ausgleich findet.

## Keine Verbilligung der Posttarife

Beim Kapitel „Post und Telegraphen“ sagte Minister Dr. Franke, daß die Verbilligung der beiden Prinzipien, nämlich der kaufmännischen

# Die Militärbestien von Biribi.

## Zu Albert Londres' Buch: „Dante hat nichts gesehen“.

14 Von H. B. Vottemer.

Das Buch 57, das wir des öfters schon erwähnt haben, ist das Regiment für Biribi. Es ist das Werk des Kriegsministeriums. Ein Buch, das ganz vernünftige Dinge enthält, von denen der Sträfling in Biribi aber nichts merkt. Londres führt einen Vergleich an: Ein persischer Schah befahl einst bei seiner Abreise aus einem Babort seinem Kanzler, das ganze Dienstpersonal reich zu beschenken; dieser gab den Befehl dem Unterkanzler, dieser wieder seinem nächsten Unterstellten und dies so weiter, bis der letzte Diener des Schah das Trinkgeld aushandigte. Da war aber an jeder Hand, durch die es gewandert, bereits derart viel hängen geblieben, daß das Personal des Baborts fast leer ausging. So auch mit dem Buch 57. Vom Kriegsministerium aus ist es ganz neu und in Hände der Generale gewandert. Diese gaben es weiter, immer weiter, bis es schließlich in die Hände der Sergents kam. Nach und nach hatte es aber bei dieser Reise derart viele Wässer verloren, daß — wie das Personal des Baborts — der Sträfling immer noch seine Hand hinstreckt — und keinen Mücken.

Im Buch 57 ist manches Ehrenwerte enthalten, das aber in der afrikanischen Weltabgeschiedenheit bei den einzelnen Arbeitskommandos, weit

ab von den Zentrallagern, in denen sich die höheren Vorgesetzten befinden, und weiter entfernt noch vom Pariser Kriegsministerium, außer Kraft tritt.

Das Buch 57 sieht Inspektionen vor. Über diese Inspektionen haben keinerlei Wert. Sie verlaufen äußerst schematisch und unzureichend. Unzureichend: weil jedes Jahr nur einmal ein General zur Inspektion erscheint. Schematisch: weil es oft, den Behauptungen Londres zufolge, stets so abspielt: Nach der Inspektion kündigt der General an, daß, wer von den Sträflingen etwas vorzubringen habe, sich melden möge. Ein Offizier geht daraufhin ins Lager, läßt die Sträflinge antreten, und dort, in Gegenwart der Adjutants und Sergents, richtet er den Auftrag des Generals aus. Es versteht sich von selbst, daß er nachher dem General melden kann: kein Sträfling hat dem General eine Beschwerde vorzubringen! ...

Das Buch 57 wird in Biribi von den Vorgesetzten lobotomiert. Londres erklärt, dessen Verteidigung ohne Auftrag des Kriegsministeriums übernehmen zu wollen. Denn für ihn ist es nicht die Einrichtung, nicht Biribi als solches, von dem alles Uebel herrührt, sondern: „die ewige Schicklichkeit der menschlichen Rasse!“

Und so schließt er denn auch sein furchtbares, sein hoffentlich aber auch fruchtbares Buch mit der Zusammenfassung:

„Die Menschen an den Leiden aufhängen. Sich mit ihnen einen „Spaß“ erlauben und sie einen Rechmittag in einer Abortgrube lassen. Einen Unglücklichen festbinden und ihm das Gesicht mit Zucker bestreuen, um die Wespen und Mücken herbeizulocken. Ihn derart festzackeln, daß er einer Kröte gleicht. Wenn man Kröten festbinden würde, um ihnen die Form von Menschen zu geben, würde der Tierärztverein einschreiten. Einen Menschen zur Dürftstrafe verurteilen und ihm dann, wenn der Durst ihn quält, geschwemmes Salz zu trinken geben. Ihn nackt zwischen zwei Bündel Dornen zweige legen und die Geiger bestellen, das heißt darauf tanzen. Ihn zwingen, ungelöschten Kalk auf blutenden Schultern zu tragen. Ihn inmitten des Hofes hängen lassen und ihn direkt mit menschlichen Kot bedecken lassen. Ihn verprügeln, ihn treten, ihn an den Schwanz eines Maulwurfs binden. Ihn der Einsamkeit der guten Tizailou zu ausgeliefert, die ihn in eine gerechtere Welt expedieren. Dieser ganze Kattenchwanz! Wo auf der Welt regieren noch solche Tyrannen?

Dies sind keine Tyrannen, dies sind Sergents!

Albert Londres hat seinem Buch über Biribi einen Abschnitt beigelegt, der speziell für den Kriegsminister geschrieben ist. Da Londres darin seine Schlüsse aus dem Geschehen zieht und Vorschläge formuliert, bringen wir diesen Vortrag in der Uebersetzung. Er lautet:

„Dies ist das Resultat der Militärstrafkammer!“

Eine große Schande bildet es für Frankreich. Was müßte es, wenn der Kriegsminister ruff: „Ich hab dies nicht gewollt!“, wenn dies eben besteht?

Eine Vorschrift, die nicht angewendet wird, kann nicht als Entschuldigung für derart ungeheuerliche Ueberschreitungen dienen.

In der Militärjustiz herrscht nicht die Disziplin, sondern die Anarchie.

Man bezognet in den afrikanischen Lagern Unglücklichen, die nicht dort sein dürften. Andere wurden eines Fehlrittes wegen zu zwei Jahren verurteilt. Während sie diese Strafe abtun, hängen sie irgend eine Handlung: Verleumdung eines Sergents — Verleumdungen, die stets von dem Sergent provoziert werden — an ihre Uniform, um der unmenslichen Behandlung von seiten ihrer Vorgesetzten zu entgehen. Sie erhalten dann fünf, zehn Jahre. Dies ist keine Gerechtigkeit, dies ist moralische Unordnung.

(Schluß folgt.)

Führung und der Beforgung der eigentlichen administrativen Aufgaben bei der Post, die dem Publikum und den öffentlichen Interessen dienen sollen, sehr schwierig ist. Was die Verbilligung der Postgebühren anbelangt, erklärt der Minister, er habe die Absicht gehabt, die Postgebühren um insgesamt 90 Millionen Ks herabzusetzen. Leider ist die rasche Verwirklichung dieser Absicht vereitelt worden dadurch, daß die Post unter die kommerzialisierten Betriebe eingerechnet wurde.

Das Bewilligungsverfahren.

Beim Kapitel „Handelsministerium“ sagte Minister Rova: Das Bewilligungsverfahren befindet sich im Stadium der endgültigen Liquidation, denn die Gründe, die nach dem Ansturz die Bindungen des Außenhandels bedingten, sind weggefallen. Vor allem aber erlaubt die günstige Entwicklung der europäischen Wirtschaftsverhältnisse, welche eine normale Kalkulation wenigstens bis zu einem gewissen Grade ermöglicht, die endliche Liquidation des Bewilligungsverfahrens. Dieser Optimismus ist begründet durch die Beruhigung der Zustände in Europa, namentlich infolge der Londoner Konferenz und der Ergebnisse der Völkervereinigung, so daß wir uns nicht mehr gegen die unregelmäßig europäischen Wirtschaftsverhältnisse durch eine Prohibitivpolitik zu schützen brauchen, vielmehr müssen wir durch Abschluß von Handelsverträgen eine aktive Tätigkeit unserer Wirtschaftspolitik einleiten. Wir können aber nicht mit einem Schlag alle Wege für fremde Waren in unsere Republik öffnen, bevor wir nicht dieselben Vorteile für unsere Waren erlangen und uns von der Möglichkeit einer erfolgreichen Konkurrenz auf den Auslandsmärkten überzeugt haben.

Personalmangel bei den Bahnen.

Minister Stiborny führte aus: Die tschech. Eisenbahnen besitzen 8869 Personenzüge, davon 1620 neue, 117.592 Postwaggons, davon 34.676 neue. 3954 alte österreichische Waggons müßten wegen Unbrauchbarkeit ausgeschieden werden. Wir haben demnach um 33.110 Waggons gegen früher mehr, ein Beweis, wie intensiv wir um die Ergänzung unseres Wagenparkes gesorgt haben. Zur Illustration des Personalmangels in Prag dient die Tatsache, daß an einem Sonntag am Wilsonbahnhof bis zu 59.000 Personen befördert wurden. Was das Personal der Staatsbahnen anlangt, sagt der Minister, daß es Kategorien gibt, wo ein Personalüberschuß herrscht, aber nicht ein solcher, wie dies üblicherweise der Fall zu sein versucht wird. Wir haben Kategorien, wo ein empfindlicher und die Sicherheit des Betriebes gefährdender Personalmangel herrscht, d. i. das Jugend- und Maschinenpersonal. Je mehr der Verkehr zunimmt, desto mehr sind wir gezwungen, das Personal, das uns zur Disposition steht, einzusparen, sogar auf Kosten des Achtfundentages. Daher wird es Aufgabe der Regierung sein bei der Regelung der Staatsangestelltenfrage diese Mängel zu beheben.

Die Staatsbeamtenvorlagen — Mittwoch in der Kammer.

Prag, 4. Dezember. Wie wir erfahren, gelangen die Vorlagen, die die Altpensionistenfrage und die Zulagenfrage der Staatsangestellten behandeln, am nächsten Mittwoch in das Abgeordnetenhaus, da in der Koalition eine Einigung über diese beiden bisher strittigen Vorlagen erzielt wurde. Die Abgeordnetenkammer wird diese Vorlagen den zuständigen Ausschüssen zuteilen; der Rest der nächsten Woche, sowie der Anfang der übernächsten Woche wird der Behandlung im Ausschusse dienen. Übernächsten Dienstag verlammt sich die Kammer zur Entgegennahme der Ausschussberichte. Es besteht die Absicht, in vier Sitzungen, die von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends dauern sollen, diese Gesetze zu erledigen.

Die elenden Wohnungsverhältnisse.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Prag, 4. Dezember. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses dauerte bloß 35 Minuten. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete das Gesetz über die Verlängerung der bisherigen geltenden Bestimmungen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge. Der Berichterstatter Langr sagt, daß bei strenger Durchführung dieses Gesetzes sehr viel für die Linderung der Wohnungsnot hätte erzielt werden können. Leider wurde das Gesetz von den ausländischen Ministern nicht so ausgelegt, wie es das Interesse der Sache erfordert hätte. Die ungenügend strenge Durchführung des Gesetzes hat zur Folge, daß sich die Wohnungsnot bisher nicht sehr gemildert hat. Daß die Existenz des Gesetzes mehr als berechtigt bezweifelt werden kann, beweisen die Wohnungsverhältnisse in einzelnen Gemeinden. Redner bezieht insbesondere die Brünnerverhältnisse an. Dort sind 160 Familien obdachlos. Wie schrecklich die Wohnungsverhältnisse sind, beweist die Tatsache, daß in Brünn 25 Personen in einer Küche wohnen. Das Haus nahm diese Vorlage, sowie die Vorlage über die Verordnung von Gesellschaften n. S. in Genossenschaften an, erledigte einen Immunitätsfall Dr. Lohmanns, der nicht ausgeliefert wurde, womit die Sitzung beendet war. Nächste Sitzung: Mittwoch, 10. Dezember, 3 Uhr.

Vom deutschen Wahlkampf.

51 Parteien.

Berlin, 4. Dezember. Die Reichstagswahlen verzeichnen nicht weniger als 4638 Kandidaten, die Wahlvorschläge für die Reichstagswahlen enthalten 51 verschiedene Parteibezeichnungen.

Sie Schweigen!

Nur Ludendorff will keine Schweizer Franken erhalten haben.

Berlin, 4. Dezember. (Eigenbericht.) In der rechtsstehenden Presse wird nicht ein Wort der Widerlegung der vom sozialdemokratischen Pressedienst gebrachten Enthüllungen über die Finanzierung des Münchner Putsch durch Schweizer Banken geäußert. Die einzige Angabe brachte die „Berliner Lokalrespondenz“, die die Tatsachen, soweit es auf die Person Ludendorffs ankommt, leugnet. Er will nie in der Schweiz gewesen sein, noch jemals einen Schweizer Franken im Besitz gehabt haben.

Wer ist Jwan Raj?

Er war Vorsitzender der kommunistischen Fraktion im letzten Reichstage. Jwan Raj stand an führender Stelle, wenn es galt, die Sozialisten zu beschimpfen und zu beschimpfen. Der 78jährige Alterspräsident des Reichstages, der Sozialdemokrat Bod, der 60 Jahre im Kampfe der Arbeiterschaft geopfert hatte, wurde von Jwan Raj beschimpft und beschimpft. Wer ist Jwan Raj? Er berichtet über sich selbst in einem Briefe, den wir nachstehend wiedergeben:

Hannover, den 10. Dezember 1910.

Mein lieber . . . . .!

Zunächst einige Lebensnotizen: Jwan Raj ist weder Bibliothekar noch Buchhändler geworden, er hat desgleichen zum 1. Januar seinen Mitarbeiterposten am „Volkswillen“ gekündigt, ist aus dem Jungenausschuß auf eine erbärmliche Weise hinausbugsiert worden, wird heute nachmittags seinen Austritt aus der Genossenschaft und nächster Tage bis aus der sozialdemokratischen Partei vollziehen. In dieser Woche wird besagter Jwan Raj dagegen aus dreien ein Amt zu wählen haben:

1. der „Hannoversche Anzeiger“ bietet ihm mit 3000 Mark einen Redakteurposten für „Sozialpolitik und Arbeiterbewegung“; 2. das „Hannoversche Tagblatt“, durch seinen Onkel davon verständigt, bietet ihm den gleichen Posten und hat ihn zu einer Vorbesprechung mit Redakteurenensemble und Verleger zum Dienstag eingeladen;

Tschechische Nationalsozialisten und Klerikale.

Der Streit in der Koalition.

Die tschechischen Klerikale sind über die Drohung des Ministers Stiborny, daß die Nationalsozialisten die fortschrittlichen Koalitionsparteien zur Bildung einer Minderheitsregierung einladen werden, wenn einige Gesetze, betreffend die Trennung der Kirche vom Staat nicht durchgeführt werden, naturgemäß sehr empört. Das Hauptblatt der Partei, die „Lidove Listy“, kommen in ihrem geistigen Leitartikel auf die Rede Stibornys zu sprechen und stellen fest, daß gerade in dem Augenblick, da alle deutschen Parteien gegen die Regierung ein verschärftes Vorgehen organisieren, die tschechischen Nationalsozialisten auf das Doch der bisherigen Regierungsmehrheit die Bekränze des Kulturkampfes werfen. Ueber Stibornys Vorschlag einer Minderheitsregierung schreibt das Blatt:

Mit einer Minderheitsregierung zu drohen, das ist ein Popanz, damit die Volkspartei bei der Verhandlung der Fragen des Verhältnisses von Kirche und Staat nachgiebig werde, denn wir können und nicht denken, daß der Herr Minister Stiborny tatsächlich an die Möglichkeit und Verwirklichung seines Projektes der Minderheitsregierung glaubt. Vor allem möge Herr Minister Stiborny zur Kenntnis nehmen, daß sein Parteipostell in der heutigen Regierung hält und daß wir ruhig und vor allem ehrenvoll jeden Augenblick aus der Regierung austreten können.

Das Blatt führt weiter eine Reihe von Gründen an, die das Projekt Stibornys seiner Meinung nach als unmöglich erscheinen lassen. So ist es undenkbar, daß die Agrarpartei mit den Kommunisten sich über die Form des Verhältnisses von Kirche und Staat einigen könnte. Aber selbst wenn es einer Minderheitsregierung gelänge, im Parlamente für die Trennungsgesetze eine Mehrheit zu finden, wird diese Regierung die Mehrheit nicht für die übrigen Bedürfnisse und Notwendigkeiten des Staates finden. Bei der Bewirtschaftung der Unmöglichkeit einer Minoritätsregierung entscheidet aber dem Blatt auch das Befandnis, daß die Oppositionsparteien nahezu die Mehrheit der Bevölkerung in der tschechisch-slowakischen Republik hinter sich haben. Das Blatt schreibt:

In der tschechisch-slowakischen Republik, in der die Oppositionellen und antiklerikalen Parteien wie die letzten Gemeindevorwahlen — deren Ergebnisse nicht einmal veröffentlicht werden konnten — ergaben, fast die Mehrheit besitzen, ist es unmöglich, eine so starke und einflussreiche Partei, wie es die Volkspartei ist, in die äußerste Opposition zu drängen.

Der Mörder von Haiger — ein Deutschnationaler.

Eine mißglückte Kampagne der Rechtspresse.

Berlin, 4. Dezember. (Eigenbericht.) Die rechtsstehende Presse hatte versucht, den Mord von Haiger für ihre Wohlausbeute. Die „Kreuzzeitung“ bringt als Ueberschrift: „Was in dem neuen Deutschland möglich ist.“ Die „Deutsche Zeitung“ betitelt den Bericht: „Die Frucht der französischen Befassung“ und behauptet, daß nur eine solche Verwilderung, wie sie durch die Befassungstruppen verursacht worden war, das Entstehen der Mörderbände ermöglicht habe. Nun hat sich aber herausgestellt, daß Angerstein selbst der vielfache Mörder war, und heute wird gemeldet, daß er ein eingeschriebenes Mitglied der deutschnationalen Partei und des Jungdeutschen Ordens, einer völkischen Organisation, gewesen sei. Die Rechtspresse ist natürlich bemüht, ihre Leser von der Kenntnis dieser Tatsache zu bewahren.

8. der „Verband der Braueraien“ bietet ihm mit 3600 Mark Anfangslohn den Posten als Kandidatssekretär nebst reichlichen Spenden, in Summa zirka 4500 netto, welche letzteres dieser Ueberläufer allerhöchstwahrscheinlich annehmen wird . . .

Ihr gez. Jwan Raj.

Im Jahre 1910 also war der gefährlichste kommunistische Schreiber im Reichstage, der jeden Sozialdemokraten des Verrats bezichtigte, ohne weitem bereit, in die Front des Reichslügenverbandes überzugehen. Für 3600 Mark Anfangslohn und reichliche Spenden war er ferner bereit, seine sozialistische Gesinnung bedenkenlos zu verkaufen.

Geld stinkt nicht. Seinerzeit ließ er sich gern fördern durch das Privatkapital. Jetzt ermöglichen ihm die Subsidien Moskows im glänzenden Entschluß das Parke des Reichstags unsicher zu machen und alle zu beschimpfen, die ein Leben lang nicht wichen und wankten im Kampfe um die Befreiung der deutschen Arbeiterklasse.

Großdeutsch oder deutschnational?

Otto Bauer über die Schwarz-weiß-roten.

Otto Bauer ergreift im „Vorwärts“ das Wort zum Streit über die Fahnenfarben und erklärt, jeder Sieg der Schwarz-weiß-roten im Reiche stärke die Schwarzgelben in Oesterreich.

Zum Schluß äußert sich das Zentralorgan der klerikalen Partei über die Beratung der Trennungsgesetze im Parlamente dahingehend, daß die Partei diesen Beratungen niemals ausweichen sei und daß für diese Frage daselbe gelte, wie für alle Fragen, daß sich nämlich die Koalition erst über sie einigen müsse. „Daß bedeutet, daß darüber so lange beraten werden wird, bis eine Einigung erzielt ist. Von irgend einem Termin kann keine Rede sein.“

Mit anderen Worten: die Klerikale wollen die Beratung der Trennungsgesetze nicht und dem Herrn Stiborny werden seine Drohungen nicht viel nützen. Seine Rede soll wohl auch nur dazu dienen, die ungebildeten Partisanen, welche auf die Durchführung der Trennung von Kirche und Staat drängen, zu beruhigen.

Grundlagen der „Einheitsfront“. Wie die deutschbürgerliche Presse übereinstimmend meinet, haben die Räte der deutschen Bürgerpartei in der Frage der augenblicklichen Politik und sich dahin entschieden, daß ein Vorgehen, das der künftigen gemeinsamen Stellungnahme präjudizieren könnte, vermieden werden sollte. Die bürgerlichen Parteien, einschließend die Nationalsozialisten, wollen also vorläufig nichts unternehmen, das ihrem Bestreben nach einer Einheitsfront der gesamten Opposition irgendwie vorurteillich wäre. Wie nun gerade die Nationalsozialisten bemüht sind, einer Einheitsfront den Weg zu bereiten, zeigt folgende Stelle aus dem mitbewogenen „Tag“, mit dem der Reichsbetriebsrat unserer Partei an der Göttinger Kundgebung begleitet. Das mehr freche als kluge Blatt schreibt:

„Das judendeutsche Volk wird über die Berater, die wieder einmal die Geschäfte der Regierungskoordination besorgen und dem neu erwachten Widerstandsgeliste des judendeutschen Volkes den Dolch in den Rücken stoßen, das Urteil zu fällen wissen. Wollen die Sozialdemokraten ihr altes Spiel wieder von vorne beginnen, so gibt es darauf nur eine Antwort: Die Sozialdemokratie muß vernichtet werden. Sonst wird unser Kampf immer wieder am Verrat dieser Leute zerfallen.“

Also Einheitsfront unter der Parole: „Ver-nichtungskampf gegen die Sozialdemokratie“. Das wäre so nach dem Befehle der „Einheitsfront“-Lage. Welche Aussichten diese Parole hat, wird wohl der 7. Dezember wieder einmal beweisen. Und wenn schon von „Einheitsfront“ die Rede ist, warum zögern die „Einheitsfront“-Kämpfer nicht Eger und Pilsen mitzunehmen?

Der Abbau der Staatsangestellten. Die „Lidove Noviny“ bringen nähere Angaben, wie der Abbau der Staatsangestellten erfolgen soll.

Es gäbe im Deutschen Reiche noch viele, die kein Dorf im Osten verschmerzen können, die Deutschen Wien und die deutschen Alpenländer Oesterreichs aber vergessen. Wer im Reiche für Schwarz-weiß-rot stimme, entscheide damit definitiv, daß sechseinhalb Millionen Oesterreicher für immer vom Reiche getrennt bleiben. Im ähnlichen Sinne sprach Bauer gestern in einer Versammlung der sozialistischen Jugendverbände.

Warum Hergt nein sagte.

Die neueste Darstellung über den deutschnationalen Unfall am 29. August stammt von dem Berliner deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Schulze, der in den letzten Tagen die Umgebung von Berlin durchwandert, um das Landvolk mit deutschnationaler Weisheit zu erfüllen. In einer Wahlversammlung im Kreise Niederbornum tröstete dieser deutschnationale Prophet seine über die Halb-und-Halb-Abstimmungen wohl etwas unzufriedenen Zuhörer mit folgender Erzählung:

Am 29. August seien sich alle Mitglieder der deutschnationalen Fraktion vollkommen einig darin gewesen, das Londoner Abkommen zu Fall zu bringen. Da sei plötzlich die Abstimmung um einsechshundert Stimmen verlegt worden. Während dieser Zeit hätten sich einige Deutschnationale, da irgendjemand das Gerücht aufgetaucht sei, daß der Reichspräsident seine Zustimmung zur Reichstagsauflösung im Falle der Ablehnung des Londoner Abkommens geben werde, telegraphisch in London informiert, ob die einfache Unterzeichnung des Abkommens durch einen Beauftragten des Reichspräsidenten von der Entente als gültige Unterschrift anerkannt werde. Dies sei von London bejaht worden. Das tat sie natürlich ohne Wissen der Parteileitung. Dann während der Abstimmung hätten sich zufällig einige deutschnationale Fraktionsmitglieder entschlossen, mit Ja zu stimmen. In der nach der Abstimmung stattgefundenen Fraktionsführung hätte der Parteiführer Hergt, der von allem keine Ahnung hatte, den Jüngern ganz bedrückt gesagt: „Aber Kinder, warum habt ihr denn nicht gesagt, daß ihr mit Ja stimmen wollt, dann hätte ich doch auch so gestimmt!“

Gang Hergt, ganz deutschnational. Und deshalb findet man die Erzählung auch wieder an der Spitze der deutschnationalen Reichstagsliste.

Es sind dies angeblich die Grundzüge eines diesbezüglichen Gesetzesentwurfes: In welcher Anzahl und in welchen Zweigen der Staatsverwaltung die Zahl der Angestellten herabgesetzt wird, hat die Regierung festzustellen. Jede Aufnahme neuer Leute in den Staatsdienst wird vollständig eingestellt. Bei einem freiwilligen Abgang aus dem Staatsdienste beträgt das Abtrittsgeld nach einjährigem Dienste einen Monatsgehalt, der sich mit jedem Jahr um den gleichen Betrag erhöht. Das Abtrittsgeld darf aber nicht den Betrag von 24 ständigen Monatsbezügen übersteigen. Ein Staatsangestellter, der mindestens zehn Jahre einrechenbarer Dienstzeit aufweist, soll ein Abtrittsgeld erhalten, das bei zehnjähriger Dienstzeit den fünffachen Monatsgehalt beträgt und sich für je zwei weitere Jahre der Dienstzeit um ein Fünftel dieses Betrages erhöht. Das Abtrittsgeld darf nicht den zehnfachen ständigen Monatsgehalt übersteigen. Im Falle eines erzwungenen Abganges kann der Staatsbeamte, der eine längere einrechenbare Dienstzeit als zehn Jahre hat, mit einem einmaligen Abtrittsgeld aus dem Staatsdienste entlassen werden. Dieses Abtrittsgeld würde die Hälfte des im Falle eines freiwilligen Abganges festgesetzten Abtrittsgeldes betragen. Ein Staatsangestellter, der auf eine zehnjährige einrechenbare Dienstzeit zurückblickt, kann in den zeitweiligen Ruhestand mit einer entsprechenden Pension versetzt werden. Der Angestellte kann sich innerhalb acht Tagen nach der Verabschiedung für ein Abtrittsgeld an Stelle der Pension entscheiden. Das Abtrittsgeld beträgt bei einer einrechenbaren Dienstzeit bis zu zehn Jahren, den zehnfachen, bei einer einrechenbaren Dienstzeit von 15 Jahren, den 15fachen ständigen Monatsbezug. Der Angestellte, der nach dieser Bestimmung in den zeitweiligen Ruhestand versetzt wurde, ist bis zur Frist, wo er das 60. Lebensjahr erreicht, verpflichtet, wenn immer auf amtlichen Auftrag den Dienst in der ihm bestimmten Dienststelle anzunehmen. Wenn er innerhalb Monatsfrist ohne einen ernstlichen Grund diesem Auftrage nicht entspricht, verliert er den Pensionsanspruch. Bei Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Angestellten sollen vor allem verheiratete angestellte Frauen in Betracht gezogen werden, welche wirtschaftlich gesichert sind, weiter Angestellte, deren Existenz durch die Entlassung nicht bedroht wird. In Erwägung sollen weiter ledige Angestellte vor verheirateten, kinderlosen verheirateten Angestellten, verheiratete angestellte Frauen vor verheirateten Angestellten gezogen werden. Logionäre sollen, sobald wirtschaftliche und familiäre Verhältnisse entscheiden, in letzter Reihe in Betracht kommen. — Bis der betreffende Gesetzesentwurf vorliegt, wird darüber noch zu reden sein.

# Unter Sichel und Hammer.

Unter den Symbolen der schaffenden Arbeit und ihrer Freiheit, im Zeichen der bäuerlichen Sichel und des industriellen Hammers wurde als Frucht der Revolution von 1917, der die Begeisterung des Weltproletariats gehörte, Sowjetrußland errichtet. Weil es diese Symbole an der Stirn trägt und weil es sich sozialistisches oder kommunistisches Rußland nennt, beansprucht es die Anteilnahme und Liebe aller revolutionären Arbeiter und sollte sie auch verdienen. Aber aus diesem Rußland, das seinem Volke im Namen der Diktatur des Proletariats Freiheit, Aufregung, Menschwerdung verhielt, wurde in Laufe der Jahre durch die Diktatur einer Partei und später einiger Parteipäpste ein Grüt für alle freihitlichen Regungen, ein Friedhof der Leiber und Geister, die sich dem drakonischen Zwang und blutigen Terror nicht beugten. Die Gefängnisse und Verbannungsorte des weiten russischen Reiches sind überfüllt von den Tausenden Sozialisten aller Lebensalter und Geschlechter, die Stimmen derer, die nach Demokratie und Ordnung rufen, werden mit den Mitteln und Methoden brutaler Gewalt unterdrückt. Im Ausland aber verbreitet die den Moskauer Herrschern allezeit gefügige kommunistische Presse für Tag begeisterte Berichte über den ständigen Aufschwung der Lebenshaltung und der Kultur des russischen Volkes und wo sich ein russischer sozialdemokratischer Auswanderer oder Flüchtling oder gar ein bürgerlicher Rußlandler, hender zum Worte meldet, um die Wahrheiten zu erzählen, die er gesehen, wird er von den kommunistischen Zeitungen als ein dem Kapitalismus höriger Vagabund und Verleumder gebrandmarkt.

Man muß sich also, um reiflos Glauben auch bei den auf den Volksgewissnis Eingeführten zu finden, schon auf kommunistische Zeugnisse berufen, wenn man die namenlos traurigen Zustände beleuchten will, die zur Zeit in Sowjetrußland herrschen. Man muß beispielsweise das bolschewistische Moskauer Zentralorgan, die „Pravda“, zitieren, um es den Kommunisten nicht so leicht zu machen, die Feststellung, daß die bolschewistische Diktatur außer Stande ist, den Leiden des russischen Volkes abzuhelfen, damit zu widerlegen, daß diese Leidensgeschichten menschensüchtige oder bürgerliche Lügen seien. Und diese „Pravda“, sicher doch ängstlich darauf bedacht, unangenehme Wahrheiten nur im äußersten Notfall nicht zu unterdrücken, muß geradezu Entsetzliches berichten über das himmelschreiende Elend des russischen Nachwuchses, der doch nach den sonstigen offiziellen Berichten der Lunatscharskis mit Naturfrucht überfüttert wird. Die Wahrheit ist, soweit ihr in diesem Falle die „Pravda“ gerecht wird, daß die Verwahrlosung und Kriminalität der Jugendlichen in diesem „sozialistischen“ Staat ins Unerlöste steigt, daß Hunderttausende Halbwüchsiger als Landstreicher und Räuber, in Geschlechtskrankheiten, Kollera, Mifogol und in allen möglichen, nur ausdenkbaren Lasten verkommen. Die Sowjetregierung ist ohnmächtig. Daß sie, wie nicht der rückschrittlichste Staat, die Sechsjährigen der allgemeinen Gerichtsbarkeit ausliefert, daß die „Pravda“ nach „eisernen Gittern“ ruft, vermag diesem wahrlich beispiellosen Jammer nicht abzuhelfen.

Verlotterung drückt Sowjetrußland das Gepräge auf; unter ihr leiden wie die Jungen so auch die Alten. Die kommunistischen Kontrollkommissionen melden unausgesetzt Korruption aus allen Teilen des Landes, ein einziger dieser Bezirke meldet allein aus dem Don-Gebiet 48 Ausschüsse aus der Partei wegen Plünderung an Staatsvermögen, 22 wegen Erpressung, 71 wegen Bestechung, 16 wegen Unterschlagung. Eine unerhörte Häufung von Korruptionfällen und Verbrechen aller Art — das sind einige der Folgen jenes „Kommunismus“, dem das hungernde, für die niedrigsten Löhne arbeitende russische Proletariat ausgeliefert ist.

Und so wie die stützliche und soziale Freiheit Sowjetrußlands, steht auch seine politische aus. Die öffentlichen Lokale der großen Städte sind von Spiegeln überfüllt, täglich werden Arbeiter, So-

# Zusammenstöße an der Belgrader Universität.

## Gendarmerie gegen Studenten. — Zehn Studenten und fünf Gendarmen verwundet.

Belgrad, 4. Dezember. Nach Meldungen aus Agram wurden die Vorlesungen an der dortigen Universität wegen Störung der Vorlesungen durch streikende Studenten eingestellt. Heute vormittag hielten die Belgrader Studenten in der Aula der Universität eine Versammlung ab, in welcher gegen die Verletzung der Autonomie der Agrarier Universität durch die Pensionierung der der Regierung nicht genehmen Professoren protestiert wurde.

Als die Studenten versuchten, eine Manifestation auf der Straße zu veranstalten, wurden sie durch Gendarmerie in das Gebäude der Universität zurückgedrängt. Die Gendarmen betreten auch die Aula, wo sie mit Revolvergeschüssen empfangen wurden. Hieraus drang eine Abteilung der Miliz in die Aula ein und es kam zu einem blutigen Kampfe, in dessen Verlaufe zahlreiche Studenten und mehrere Gendarmen verwundet wurden. Ein schwerverletzter Student

## Generalkrieg in Lodz.

Warschau, 4. Dezember. Die Streiklage in der Lodzer Textilindustrie hat sich heute wesentlich zugespitzt. In der heute stattgefundenen Beratung der Streikleitung wurde beschlossen, morgen, den 5. d. Mts., in Lodz den Generalkrieg zu proklamieren. Die gemeinsamen Anstalten werden an dem Generalkrieg nicht teilnehmen.

Die Regierung hat die Lodzer Textilindustriellen nach Warschau berufen, und ihnen in einer im Handelsministerium stattgefundenen Kon-

ferenz ein Schiedsgericht vorgeschlagen. Die Industriellen wollen morgen den Vorschlag der Regierung beantworten.

## Kraffin in Paris.

Paris, 4. Dezember. (Eigenbericht.) Der neuernannte russische Botschafter in Paris Kraffin ist heute vormittag in der französischen Hauptstadt eingetroffen. Seine Ankunft wurde von der kommunistischen Partei zu einer Kundgebung benutzt, an der gegen tausend Personen teilnahmen.

Trumpf des Mordes und der Mörder, zynisches Schindeln hinterlistiger Barbaren über jene, die in ihrer „Einfalt“ auch im Gegner den Menschen ehren! Diese Freiheit — das ist die Wirkung der bolschewistischen Erleuchtung der Armen russischen Menschen.

Tut nichts, Rußland ist dennoch ein „sozialistischer“ Staat. Es hat für sich dem Kapitalismus „den Garous gemacht.“ Beweis: Vor kurzem hat die Sowjetregierung dem amerikanischen Trustkongress Harriman für zwanzig Jahre das Monopol zur Ausbeutung und Ausfuhr der Manganerze in Georgien — der reichsten der Welt — für insgesamt 30 Millionen Dollar ausgeliefert und ihn so zum Alleinherrscher auf dem Manganmarkt gemacht. So bekämpfen die Moskauer Weltrevolutionäre das Trustkapital! Wahrscheinlich hoffen sie auf diese Weise, indem sie den Industriemagnaten gegen den Augenminister ausspielen, Rußlands Anerkennung durch Amerika zu erzwingen, die durch Einstellung der inneren Terrorherrschaft christlich möglich zu machen sie im Interesse der persönlichen Machtposition keine Lust zeigen.

Dennoch, die russische Revolution, in deren Rahmen die Snowjens und Stalin auftraten, hat weder einen Fortschritt erzielt; seit einigen Tagen gibt es, wie die nändische Kommunistenpresse aus der „Prager Presse“ erfährt, eine „Lese, verbeuge dich!“ — eine „Sowjetmongolei!“ Die Mongolei ist, worüber die kommunistischen Arbeiter Reichensbergs und Prags zu Ausrufen des Entzückens veranlaßt werden, eine „Volkrepublik mit Sowjetregierung“ geworden. Soglauchend schreibt der „Vorwärts“:

„Das große russische Beispiel mußte in dem mongolischen Naturvolk, dessen Denkweise weder durch die Amsterdamer, noch durch die sozialdemokratischen Irreführer vergiftet wurde, den Gedanken erwecken, daß die Sowjetordnung, in welcher nur die Arbeitenden und nur die Beschäftigten regieren, ihre Gesetze selbst schaffen und sie selbst

## Die Militärbestien von Biribi.

### Zu Albert Londres' Buch: „Dante hat nichts gesehen“.

Das Buch 57, das wir des öftern schon erwähnt haben, ist das Regiment für Biribi. Es ist das Werk des Kriegsministers. Ein Buch, das ganz vernünftige Dinge enthält, von denen der Sträfling in Biribi aber nichts merkt. Londres führt einen Vergleich an: Ein persischer Schah befahl einst bei seiner Abreise aus einem Badeort seinem Kanzler, das ganze Dienstpersonal reich zu beschenken; dieser gab den Befehl dem Unterkanzler, dieser wieder seinem nächsten Unterstellten und dies so weiter, bis der letzte Diener des Schah das Trinkgeld aushändigte. Da war aber an jeder Hand, durch die es gewandert, bereits derart viel hängen geblieben, daß das Personal des Badeorts fast leer ausging. So auch mit dem Buch 57. Vom Kriegsministerium aus ist es ganz neu in die Hände der Generäle gewandert. Diese haben es weiter, immer weiter, bis es schließlich in die Hände der Sergents kam. Nach und nach hatte es aber bei dieser Reise derart viele Blätter verloren, daß — wie das Personal des Badeorts — der Sträfling immer noch seine Hand hinstreckt — und seinen Rücken.

Im Buch 57 ist manches Ehrenwerte enthalten, das aber in der afrikanischen Weltabspiegeltheit bei den einzelnen Arbeitskommandos, weit ab von den Zentrallagern, in denen sich die höheren Vorgesetzten befinden, und weiter entfernt noch vom Pariser Kriegsministerium, außer Kraft tritt.

Das Buch 57 sieht Inspektionen vor. Über diese Inspektionen haben keinerlei Wert. Sie verlaufen äußerst schematisch und unzureichend. Unzureichend: weil jedes Jahr nur einmal ein General zur Inspektion erscheint. Schematisch: weil es sich, den Behauptungen Londres zufolge, stets so abspielt: Nach der Inspektion kündigt der General an, daß, wer von den Sträflingen etwas vorzubringen habe, sich melden möge. Ein Offizier geht daraufhin ins Lager, läßt die Sträflinge anrufen, und dort, in Gegenwart der Adjutants und Sergents, richtet er den Auftrag des Generals aus. Es versteht sich von selbst, daß er nachher dem General melden kann: kein Sträfling hat dem General eine Beschwerde vorzubringen! ...

Das Buch 57 wird in Biribi von den Vorgesetzten sabotiert. Londres erklärt, dessen Verteidigung ohne Auftrag des Kriegsministeriums übernehmen zu wollen. Denn für ihn ist es nicht die Einrichtung, nicht Biribi als solches, von dem alles Uebel herrührt, sondern: „die ewige Schlechtigkeit der menschlichen Rasse!“

durchführen, die einzige Garantie wirklicher Freiheit und Unabhängigkeit ist.“

Es lohnt sich, diese Sowjetmongolei und damit eine neue Sowjetmongolei ein wenig zu untersuchen. Die „wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit“ der Mongolen, dieses kleinen Volksstammes von Steppennomaden und Viehzüchtern, sieht so aus, daß sie seit ihrer Befreiung vom chinesischen Joch einfach und schon vor der Einführung der Sowjetverfassung unter der Herrschaft des Sowjetimperiums gefallen sind. Der den Kommunisten neuerdings so sympathische Sven Hedin erzählt in seinem jüngsten Buche (1923), daß die „Russen die Herren des Landes sind und die Mongolen müssen sich ihren Befehlen fügen.“ „Ohne russische Erlaubnis darf man“ schon seit Jahren, „weder hinein noch hinaus“. So ist die Freiheit gestaltet, die Sowjetrußland den Mongolen brachte! Sie loben jetzt eben statt unter der chinesischen, unter der sowjetimperialistischen Joch. Die Sowjetverfassung hat man diesem unglücklichen, ja kaum zivilisierten Volke aufgezwungen — und diese Gewalt Herrschaft über ein Volk von Hirten und Jägern nennt der „Vorwärts“ einen Beweis für die „Befreiung der Menschheit“ im Zeichen der Sichel und des Hammers“. Unter dem Hammer wäre richtiger.

Auf Schritt und Tritt entstehen die Diktaturen in Rußland die Symbole der schaffenden Arbeit, der geistigen Freiheit und der sozialistischen Revolution. Unter ihren Händen wird die Stätte des Kommunismus zu einem Hort der politischen, sozialen und moralischen Reaktion. Alle wirtschaftlich sozialistischen Menschen der Welt haben darum das brennende Interesse, daß die Methoden der sowjetrussischen Diktatur von heute hinweggefegt werden und daß an ihre Stelle tritt wahrhaftes Recht und Demokratie als die Voraussetzungen für die Freiheit der Arbeit der Sichel, des Hammers und des Weites.

## Inland. Minister-Reden.

Im Budgetauschuss des Senats gab es gestern wiederum einige Ministerreden.

## Milch und Getreide.

Beim Kapitel „Ackerbauministerium“ verlies Minister Godza auf die Vorwürfe des Reserverenten, als ob die Bodenreform auf dem Eilen der Milchwirtschaft schuldtragend wäre. Er stellt fest, daß man auf diese Vorwürfe einzugehen und allein mit Ziffernmateriale antworten kann. Unter Vorbehalt, soweit er die Milchproduktion betrifft, war etwa der, daß man auf 1000 Einwohner 160 Kühe zählte. Wie bekannt, sank nach dem Kriege die Milchproduktion. 1918 kamen auf 1000 Einwohner nur 138 Kühe; heute können wir 150 Kühe auf 1000 Einwohner zählen. Man rechnet auf eine Kuh etwa 2000 Liter jährlich, das bedeutet 300.000 Liter auf 1000 Einwohner oder 150 Liter auf einen Einwohner, weil die zweite Hälfte für Milchzeugnisse verwendet wird. Das sind täglich 0,4 Liter auf einen Einwohner, dessen normaler Verbrauch nach der Statistik aber nur 0,3 Liter beträgt. Man kann nicht sagen, daß die Bodenreform unsere Milchproduktion geschädigt hätte, aber es zeigt sich hier dieselbe Erscheinung, wie sie sich bei den Fleischpreisen im Leningrad und auf den Schlachthöfen zeigt, nämlich eine Störung der kommerziellen Organisation. Diese Störungen werden verschoben, sowie die Erzeugung im neuen Rahmen stabilisiert sein wird. Was unsere Getreideproduktion betrifft, haben wir einige Getreidearten, wie Weizen, Korn und Gerste, die in gewissem Sinne gesunken sind. Dagegen sind andere Arten, insbesondere Brotgetreide, wieder erheblich gestiegen, so daß sich ungefähr ein Ausgleich findet.

## Keine Verbilligung der Posttarife

Beim Kapitel „Post und Telegraphen“ sagte Minister Dr. Franke, daß die Verbilligung der beiden Prinzipien, nämlich der kaufmännischen

14 Von H. B. Vottem r.

Das Buch 57, das wir des öftern schon erwähnt haben, ist das Regiment für Biribi. Es ist das Werk des Kriegsministers. Ein Buch, das ganz vernünftige Dinge enthält, von denen der Sträfling in Biribi aber nichts merkt. Londres führt einen Vergleich an: Ein persischer Schah befahl einst bei seiner Abreise aus einem Badeort seinem Kanzler, das ganze Dienstpersonal reich zu beschenken; dieser gab den Befehl dem Unterkanzler, dieser wieder seinem nächsten Unterstellten und dies so weiter, bis der letzte Diener des Schah das Trinkgeld aushändigte. Da war aber an jeder Hand, durch die es gewandert, bereits derart viel hängen geblieben, daß das Personal des Badeorts fast leer ausging. So auch mit dem Buch 57. Vom Kriegsministerium aus ist es ganz neu in die Hände der Generäle gewandert. Diese haben es weiter, immer weiter, bis es schließlich in die Hände der Sergents kam. Nach und nach hatte es aber bei dieser Reise derart viele Blätter verloren, daß — wie das Personal des Badeorts — der Sträfling immer noch seine Hand hinstreckt — und seinen Rücken.

Im Buch 57 ist manches Ehrenwerte enthalten, das aber in der afrikanischen Weltabspiegeltheit bei den einzelnen Arbeitskommandos, weit

Und so schlecht er denn auch sein fürchtbares, sein hoffentlich aber auch fruchtbares Buch mit der Zusammenfassung:

„Die Menschen an den Seiden aufhängen. Sich mit ihnen einen „Spag“ erlauben und sie einen Reichtum in einer Abortgrube lassen. Einen Unglücklichen festbinden und ihm das Gesicht mit Zucker bestreuen, um die Wespen und Mienen herbeizulocken. Ihn derart festzulegen, daß er einer Kröte gleicht. Wenn man Kröten festbinden würde, um ihnen die Form von Menschen zu geben, würde der Tierchutzverein einschreiten. Einen Menschen zur Dürststrafe verurteilen und ihn dann, wenn der Durst ihn quält, geschmolzenes Salz zu trinken geben. Ihn raft zwischen zwei Bündel Dornen zweige legen und die Geiger bestellen, das heißt darauf tanzen. Ihn zwingen, ungelöschten Kalk auf Hutenden Schultern zu tragen. Ihn inmitten des Hofes hängen lassen und ihn direkt mit menschlichen Kot bedecken lassen. Ihn verprügeln, ihn treten, ihn an den Schwanz eines Maulwurfs binden. Ihn der Einfalt der guten Erailourens ausliefern, die ihn in eine gerechtere Welt expedieren. Dieser ganze Ratteneschwanz! Wo auf der Welt regieren noch solche Tyrannen?

Dies sind keine Tyrannen, dies sind Sergents!

Albert Londres hat seinem Buch über Biribi einen Abschmitt beigelegt, der speziell für den Kriegsminister geschrieben ist. Da Londres darin seine Schlüsse aus dem Geschehen zieht und Vorschläge formuliert, bringen wir diesen Anhang in der Uebersetzung. Er lautet:

„Dies ist das Resultat der Militärstrafkammer!“

Eine große Schande bildet es für Frankreich. Was müht es, wenn der Kriegsminister ruft: „Ich hab dies nicht gewollt!“, wenn dies eben befreit?

Eine Vorschrift, die nicht angewendet wird, kann nicht als Entschuldigung für derart ungeheuerliche Ueberschreitungen dienen.

In der Militärjustiz herrscht nicht die Disziplin, sondern die Anarchie.

Man begegnet in den afrikanischen Lagern Unglücklichen, die nicht dort sein dürften. Andere wurden eines Fehltrittes wegen zu zwei Jahren verurteilt. Während sie diese Strafe abbüßen, begehen sie irgend eine Handlung: Beleidigung eines Sergents — Beleidigung, die stets von dem Sergent provoziert werden — zerschneiden ihre Uniform, um der unmenhlichen Behandlung von Seiten ihrer Vorgesetzten zu entgehen. Sie erhalten dann fünf, zehn Jahre. Dies ist keine Gerechtigkeit, dies ist moralische Unordnung.

(Schluß folgt.)

Führung und der Besorgung der eigentlichen administrativen Aufgaben bei der Post, die dem Publikum und den öffentlichen Interessen dienen sollen, sehr schwierig ist. Was die Verbilligung der Postgebühren anbelangt, erklärt der Minister, er habe die Absicht gehabt, die Postgebühren um insgesamt 90 Millionen Ks herabzusetzen. Leider ist die rasche Verwirklichung dieser Absicht vereitelt worden dadurch, daß die Post unter die kommerzialisierten Betriebe eingerechnet wurde.

**Das Bewilligungsverfahren.**

Beim Kapitel „Handelsministerium“ sagte Minister Novak: Das Bewilligungsverfahren befindet sich im Stadium der endgültigen Liquidation, denn die Gründe, die nach dem Unsturz die Bindungen des Außenhandels bedingten, sind weggefallen. Vor allem aber erlaubt die günstigere Entwicklung der europäischen Wirtschaftsverhältnisse, welche eine normale Rezirkulation wenigstens bis zu einem gewissen Grade ermöglicht, die endliche Liquidierung des Bewilligungsgregimes. Dieser Optimismus ist begründet durch die Beruhigung der Zustände in Europa, namentlich infolge der Londoner Konferenz und der Ergebnisse der Währungsabmachung, so daß wir uns nicht mehr gegen die unregelmäßig entwickelten Wirtschaftsverhältnisse durch eine Prohibitivpolitik zu schützen brauchen, vielmehr müssen wir durch Abschluß von Handelsverträgen eine aktive Tätigkeit unserer Wirtschaftspolitik einleiten. Wir können aber nicht mit einem Schlag alle Wege für fremde Waren in unsere Republik öffnen, bevor wir nicht dieselben Vorteile für unsere Waren erlangt und uns von der Möglichkeit einer erfolgreichen Konkurrenz auf den Auslandsmärkten überzeugt haben.

**Personalmangel bei den Bahnen.**

Minister Stříbrný führte aus: Die tschech. Eisenbahnen besitzen 8889 Personnwagen, davon 1620 neue, 117.592 Postwaggons, davon 34.676 neue. 3954 alte österreichische Waggons müßten wegen Unbrauchbarkeit ausgetauscht werden. Wir haben demnach um 33.110 Waggons gegen früher mehr, ein Beweis, wie intensiv wir um die Ergänzung unseres Wagenparkes gesorgt haben. Zur Illustrierung des Personalverfehls in Prag dient die Tatsache, daß an einem Sonntag am Wilsonbahnhof bis zu 50.000 Personen befördert wurden. Was das Personal der Staatsbahnen anlangt, sagt der Minister, daß es Kategorien gibt, wo ein Personalüberfluß herrscht, aber nicht ein solcher, wie dies übertriebenweise darzustellen versucht wird. Wir haben Kategorien, wo ein empfindlicher und die Sicherheit des Betriebes gefährdender Personalmangel herrscht, d. i. das Jugend- und Maschinenpersonal. Je mehr der Verkehr zunimmt, desto mehr sind wir gezwungen, das Personal, das uns zur Disposition steht, einzusparen, sogar auf Kosten des Nachschubes. Daher wird es Aufgabe der Regierung sein bei der Regelung der Staatsangestelltenfrage diese Mängel zu beseitigen.

**Die Staatsbeamtenvorlagen — Mittwoch in der Kammer.**

Prag, 4. Dezember. Die wir erfahren, gelangen die Vorlagen, die die Altpensionistenfrage und die Zulagenfrage der Staatsangestellten behandeln, am nächsten Mittwoch in das Abgeordnetenhaus, da in der Koalition eine Einigung über diese beiden bisher strittigen Vorlagen erzielt wurde. Die Abgeordnetenkammer wird diese Vorlagen den zuständigen Ausschüssen zuteilen; der Rest der nächsten Woche, sowie der Anfang der übernächsten Woche wird der Verhandlung im Ausschuss dienen. Übernächsten Dienstag versammelt sich die Kammer zur Entgegennahme der Ausschussberichte. Es besteht die Absicht, in vier Sitzungen, die von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends dauern sollen, diese Gesetze zu erledigen.

**Die elenden Wohnungsverhältnisse. Sitzung des Abgeordnetenhauses.**

Prag, 4. Dezember. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses dauerte bloß 35 Minuten. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete das Gesetz über die Verlängerung der bisherigen Bestimmungen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge. Der Berichterstatter Langr sagt, daß bei strenger Durchführung dieses Gesetzes sehr viel für die Linderung der Wohnungsnot hätte erzielt werden können. Leider wurde das Gesetz von den zuständigen Komitern nicht so ausdelegt, wie es das Interesse der Sache erfordert hätte. Die ungenügend strenge Durchführung des Gesetzes hat zur Folge, daß sich die Wohnungsnot bisher nicht sehr gemildert hat. Daß die Existenz des Gesetzes mehr als berechtigt bezweifelt werden kann, beweisen die Wohnungsverhältnisse in einzelnen Gemeinden. Redner bespricht insbesondere die Brünnener Verhältnisse. Dort sind 160 Familien obdachlos. Wie schrecklich die Wohnungsverhältnisse sind, beweist die Tatsache, daß in Brünn 25 Personen in einer Küche wohnen.

Das Haus nahm diese Vorlage, sowie die Vorlage über die Verwandlung von Gesellschaften in b. S. in Genossenschaften an, erließ die Immunitätsfrage Dr. Lodymans, der nicht ausgereift wurde, womit die Sitzung beendet war. Nächste Sitzung: Mittwoch, 10. Dezember, 3 Uhr.

**Vom deutschen Wahlkampf.**

**51 Parteien.**

Berlin, 4. Dezember. Die Reichstagswahlen verzeichnen nicht weniger als 4638 Kandidaten, die Wahlvorschläge für die Reichstagswahlen enthalten 51 verschiedene Parteibezeichnungen.

**Sie Schweigen!**

Rur Ludendorff will keine Schweizer Franken erhalten haben.

Berlin, 4. Dezember. (Eigenbericht.) In der rechtsstehenden Presse wird nicht ein Wort der Widerlegung der vom sozialdemokratischen Pressedienst gebrachten Enthüllungen über die Finanzierung des Münchner Putsch durch Schweizer Banken geäußert. Die einzige Angabe brachte die „Berliner Lokalcorrespondenz“, die die Tatsachen, soweit es auf die Person Ludendorffs ankomme, leugnet. Er will nie in der Schweiz gewesen sein, noch jemals einen Schweizer Franken im Besitz gehabt haben.

**Wer ist Jwan Raj?**

Er war Vorsitzender der kommunistischen Fraktion im letzten Reichstage. Jwan Raj stand an führender Stelle, wenn es galt, die Sozialisten zu beschimpfen und zu beschwören. Der 78jährige Alterspräsident des Reichstages, der Sozialdemokrat Bod, der 60 Jahre im Kampfe der Arbeiterschaft geopfert hatte, wurde von Jwan Raj beschimpft und beschworen. Wer ist Jwan Raj? Er berichtet über sich selbst in einem Briefe, den wir nachstehend wiedergeben:

Hannover, den 10. Dezember 1910.  
Mein Lieber . . . . .!

Zunächst einige Lebensumstände: Jwan Raj ist weder Bibliothekar noch Buchhändler geworden, er hat dazwischen zum 1. Januar seinen Mitarbeiterposten an „Volkswissen“ gekündigt, ist aus dem Jungenausschuß auf eine erbärmliche Weise hinausgeschickt worden, wird heute nachmittags seinen Austritt aus der Gewerkschaft und nächster Tage tritt aus der Sozialdemokratischen Partei vollziehen. In dieser Woche wird besagter Jwan Raj dagegen aus dreien ein Amt zu wählen haben:

1. der „Hannoversche Anzeiger“ bietet ihm mit 3000 Mark einen Redakteurposten für „Sozialpolitik und Arbeiterbewegung“; 2. das „Hannoversche Tagblatt“, durch seinen Onkel davon verständigt, bietet ihm den gleichen Posten und hat ihn zu einer Vorbesprechung mit Redakteurenensemble und Verleger zum Dienstag eingeladen;

**Tschechische Nationalsozialisten und Klerikale.**

**Der Streit in der Koalition.**

Die tschechischen Klerikalen sind über die Drohung des Ministers Stříbrný, daß die Nationalsozialisten die fortschrittlichen Koalitionsparteien zur Bildung einer Minderheitsregierung einladen werden, wenn einige Gesetze, betreffend die Trennung der Kirche vom Staat nicht durchgeführt werden, naturgemäß sehr empört. Das Hauptblatt der Partei, die „Dobro Listy“, kommen in ihrem gestrigen Leitartikel auf die Rede Stříbrnýs zu sprechen und stellen fest, daß gerade in dem Augenblick, da alle deutschen Parteien gegen die Regierung ein verschärftes Vorgehen organisieren, die tschechischen Nationalsozialisten auf das Dach der bisherigen Regierungsmehrheit die Behauptung des Kulturkampfes werfen. Ueber Stříbrnýs Vorschlag einer Minderheitsregierung schreibt das Blatt:

Mit einer Minderheitsregierung zu drohen, das ist ein Popanz, damit die Volkspartei bei der Verhandlung der Fragen des Verhältnisses von Kirche und Staat nachgiebig werde, denn wir können uns nicht denken, daß der Herr Minister Stříbrný tatsächlich an die Möglichkeit und Verwirklichung seines Projektes der Minderheitsregierung glaubt. Vor allem möge Herr Minister Stříbrný zur Kenntnis nehmen, daß uns kein Parteivorteil in der heutigen Regierung hält und daß wir ruhig und vor allem ehrenvoll jeden Augenblick aus der Regierung austreten können.

Das Blatt führt weiter eine Reihe von Gründen an, die das Projekt Stříbrnýs seiner Meinung nach als unmöglich erscheinen lassen. So ist es undenkbar, daß die Agrarpartei mit den Kommunisten sich über die Form des Verhältnisses von Kirche und Staat einigen könnte. Aber selbst wenn es einer Minderheitsregierung gelänge, im Parlament für die Trennungsgesetze eine Mehrheit zu finden, wird diese Regierung die Mehrheit nicht für die übrigen Bedürfnisse und Notwendigkeiten des Staates finden. Bei der Verwirklichung der Unmöglichkeit einer Minoritätsregierung entscheidet aber dem Blatt auch das Verständnis, daß die Oppositionsparteien nahezu die Mehrheit der Bevölkerung in der Tschechoslowakischen Republik hinter sich haben. Das Blatt schreibt:

In der Tschechoslowakischen Republik, in der die Oppositionellen und antiklerikalen Parteien wie die letzten Gemeindevahlen — deren Ergebnisse nicht einmal veröffentlicht werden konnten — ergaben, fast die Mehrheit besitzen, ist es unmöglich, eine so starke und einflußreiche Partei, wie es die Volkspartei ist, in die äußerste Opposition zu drängen.

**Der Mörder von Haiger — ein Deutschnationaler.**

**Eine mißglückte Kampagne der Rechtspresse.**

Berlin, 4. Dezember. (Eigenbericht.) Die rechtsstehende Presse hatte versucht, den Mord von Haiger für ihre Wahl auszubeaufen. Die „Kreuzzeitung“ bringt als Ueberschrift: „Was in dem neuen Deutschland möglich ist.“ Die „Deutsche Zeitung“ betitelt den Bericht: „Die Strafe der französischen Besatzung“ und behauptet, daß nur eine solche Verwilderung, wie sie durch die Besatzungstruppen verursacht worden war, das Entstehen der Mörderbande ermöglicht habe. Nun hat sich aber herausgestellt, daß Angerstein selbst der vielsache Mörder war, und heute wird gemeldet, daß er ein eingeschriebenes Mitglied der deutschnationalen Partei und des Jungdeutschen Ordens, einer völkischen Organisation, gewesen sei. Die Rechtspresse ist natürlich bemüht, ihre Leser von der Kenntnis dieser Tatsache zu bewahren.

3. der „Verband der Brauereien“ bietet ihm mit 3000 Mark Anfangssumme den Posten als Syndikatssekretär nebst reichlichen Spesen, in Summa zirka 4500 netto, welche letzteres dieser Ueberschläger allerhöchstwahrscheinlich annehmen wird . . .

**Ihr ges. Jwan Raj.**

Im Jahre 1910 also war der gefürchtete kommunistische Schreiber im Reichstage, der jeden Sozialdemokraten des Verrats bezichtigte, ohne weiteres bereit, in die Front des Reichstagsverbandes überzugehen. Für 3600 Mark Anfangssumme und reichliche Spesen war er ferner bereit, seine sozialistische Gesinnung bedenkenlos zu verkaufen.

Geld stinkt nicht. Seinerzeit ließ er sich gern fördern durch das Privatkapital. Jetzt ermöglichten ihm die Subsidien Moskows im glänzenden Cutaway das Parkett des Reichstags unsicher zu machen und alle zu beschimpfen, die ein Leben lang nicht wichen und wankten im Kampfe um die Befreiung der deutschen Arbeiterklasse.

**Großdeutsch oder deutschnational?**

**Otto Bauer über die Schwarz-Weiß-Roten.**

Otto Bauer erregt im „Vorwärts“ das Wort zum Streit über die Fahnenfarben und erklärt, jeder Sieg der Schwarz-Weiß-Roten im Reich würde die Schwarz-Gelben in Oesterreich

Zum Schluß äußert sich das Zentralorgan der Klerikalen Partei über die Beratung der Trennungsgesetze im Parlament dahingehend, daß die Partei diesen Beratungen niemals auszuweichen sei und daß für diese Frage dasselbe gelte, wie für alle Fragen, daß sich nämlich die Koalition erst über sie einigen müsse. „Das bedeutet, daß darüber so lange beraten werden wird, bis eine Einigung erzielt ist. Von irgend einem Termin kann keine Rede sein.“

Mit anderen Worten: die Klerikalen wollen die Beratung der Trennungsgesetze nicht und dem Herrn Stříbrný werden seine Drohungen nicht viel nützen. Seine Rede soll wohl auch nur dazu dienen, die ungebildeten Partisanen, welche auf die Durchführung der Trennung von Kirche und Staat drängen, zu beruhigen.

Grundlagen der „Einheitsfront“. Wie die deutschbürgerliche Presse übereinstimmend meinet, haben die Klubs der deutschen Bürgerpartei in der Frage der augenblicklichen Politik und Politik sich dahin entschieden, daß „ein Vorgehen, das der künftigen gemeinsame Stellungnahme präjudizieren könnte, vermieden werden soll.“ Die bürgerlichen Parteien, einschließl. der Nationalsozialisten, wollen also vorläufig nichts unternehmen, das ihrem Bestreben nach einer Einheitsfront der gesamten Opposition irgendwie „Schaden“ tun könnte. Wie nun gerade die Nationalsozialisten bemüht sind, einer Einheitsfront den Weg zu bereiten, zeigt folgende Stelle aus dem mittwöchigen „Tag“, mit dem Oberbürgermeister der Stadt Prag an der Gabelnberger Rundschau begleitet. Es mehr frohe als kluge Blatt schreibt:

„Das subetendeutsche Volk wird über die Berater, die wieder einmal die Geschäfte der Regierungskolonien besorgen und dem neu erwachten Widerstandsgedanken des subetendeutschen Volkes den Dolch in den Rücken stoßen, das Urteil zu fällen wissen. Wollen die Sozialdemokraten ihr altes Spiel wieder von vorne beginnen, so gibt es darauf nur eine Antwort: Die Sozialdemokratie muß vernichtet werden. Sonst wird unser Kampf immer wieder am Serrate dieser Leute gescheitern.“

Also Einheitsfront unter der Parole: „Verweigerung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie“. Das wäre so nach dem Gesagten der 2. und 4. Linie. Welche Ausichten diese Parole hat, wird wohl der 7. Dezember wieder einmal beweisen. Und wenn schon von Dolchstößen gerade die Rede ist, warum gieren die bürgerlichen Parteien nicht Eger und Joachimsthal?

Der Abbau der Staatsangestellten. Die „Dobro Noviny“ bringen nähere Angaben, wie der Abbau der Staatsangestellten erfolgen soll.

Es gäbe im Deutschen Reich noch viele, die kein Dorf im Osten beschmerzen können, die Deutschen Wiens und die deutschen Alpenländer Oesterreichs aber vergessen. Wer im Reich für Schwarz-weiß-rot stimme, entscheide damit definitiv, daß sechseinhalb Millionen Oesterreicher für immer vom Reich getrennt bleiben. Im ähnlichen Sinne sprach Bauer gestern in einer Versammlung der sozialistischen Jugendverbände.

**Warum Hergt nein jagt.**

Die neueste Darstellung über den deutschnationalen Unfall am 29. August stammt von dem Berliner deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Schulze, der in den letzten Tagen die Umgebung von Berlin durchwandert, um das Landvolk mit deutschnationaler Weisheit zu erfüllen. In einer Wahlversammlung im Kreise Niederbornim tröstete dieser deutschnationale Prophet seine über die Haß-und-Haß-Abstimmungen wohl etwas unzufriedenen Zuhörer mit folgender Erzählung:

Am 29. August seien sich alle Mitglieder der deutschnationalen Fraktion vollkommen einig darin gewesen, das Londoner Abkommen zu Fall zu bringen. Da sei plötzlich die Abstimmung um eineinhalb Stunden vertagt worden. Während dieser Zeit hätten sich einige Deutschnationale, da inzwischen das Gerücht aufgetaucht sei, daß der Reichspräsident seine Zustimmung zur Reichsausslösung im Falle der Ablehnung des Londoner Abkommens geben werde, telegraphisch in London informiert, ob die einfache Unterzeichnung des Abkommens durch einen Beauftragten des Reichspräsidenten von der Entente als gültige Unterschrift anerkannt werde. Dies sei von London bejaht worden. Das taten sie natürlich ohne Wissen der Parteileitung. Dann während der Abstimmung hätten sich zufällig einige deutschnationale Fraktionsmitglieder entschlossen, mit Ja zu stimmen. In der nach der Abstimmung stattgefundenen Fraktionsführung hätte der Parteiführer Hergt, der von allen keine Ahnung hatte, den Jägern ganz bedrückt gesagt: „Aber Kinder, warum habt ihr denn nicht gesagt, daß ihr mit Ja stimmen wollt, dann hätte ich doch auch so gestimmt?“

Ganz Hergt, ganz deutschnational. Und deshalb findet man die Eggelung auch wieder an der Spitze der deutschnationalen Reichswahlliste.

Es sind dies angeblich die Grundzüge eines diesbezüglichen Gesetzesentwurfes: In welcher Anzahl und in welchen Zweigen der Staatsverwaltung die Zahl der Angestellten herabgesetzt wird, hat die Regierung festzustellen. Jede Aufnahme neuer Leute in den Staatsdienst wird vollständig eingestellt. Bei einem freiwilligen Abgang aus dem Staatsdienste beträgt das Abtrittsgeld nach einjährigem Dienste einen Monatsgehalt, der sich mit jedem Jahr um den gleichen Betrag erhöht. Das Abtrittsgeld darf aber nicht den Betrag von 24 ständigen Monatsgehältern übersteigen. Ein Staatsangestellter, der mindestens zehn Jahre einrechnenbarer Dienstzeit aufweist, soll ein Abtrittsgeld erhalten, das bei zehnjähriger Dienstzeit den fünfjährigen Monatsgehalt beträgt und sich für je zwei weitere Jahre der Dienstzeit um ein Fünftel dieses Betrages erhöht. Das Abtrittsgeld darf nicht den zehnfachen ständigen Monatsgehalt übersteigen. Im Falle eines erzwungenen Abganges kann der Staatsbeamte, der eine längere einrechnenbare Dienstzeit als zehn Jahre hat, mit einem einmaligen Abtrittsgeld aus dem Staatsdienste entlassen werden. Dieses Abtrittsgeld würde die Hälfte des im Falle eines freiwilligen Abganges festgesetzten Abtrittsgeldes betragen. Ein Staatsangestellter, der auf eine zehnjährige einrechnenbare Dienstzeit zurückblickt, kann in den zeitweiligen Ruhestand mit einer entsprechenden Pension versetzt werden. Der Angestellte kann sich innerhalb acht Tagen nach der Verständigung für ein Abtrittsgeld an Stelle der Pension entscheiden. Das Abtrittsgeld beträgt bei einer einrechnenbaren Dienstzeit bis zu zehn Jahren, den zehnfachen, bei einer einrechnenbaren Dienstzeit von 15 Jahren, den 15fachen letzten ständigen Monatsbezug. Der Angestellte, der nach dieser Bestimmung in den zeitweiligen Ruhestand versetzt wurde, ist bis zur Frist, wo er das 60. Lebensjahr erreicht, verpflichtet, wann immer auf amtlichen Auftrag den Dienst in der ihm bestimmten Dienststelle anzunehmen. Wenn er innerhalb Monatsfrist ohne einen ersten Grund diesem Auftrag nicht entspricht, verliert er den Pensionsanspruch. Bei Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Angestellten sollen vor allem verheiratete angestellte Frauen in Betracht gezogen werden, welche wirtschaftlich gesichert sind, weiter Angestellte, deren Existenz durch die Entlassung nicht bedroht wird. In Erwägung sollen weiter ledige Angestellte vor verheirateten, kinderlosen verheirateten Angestellten, verheiratete angestellte Frauen vor verwitweten Angestellten gezogen werden. Legionäre sollen, sobald wirtschaftliche und familiäre Verhältnisse entscheiden, in letzter Reihe in Betracht kommen. — Bis der betreffende Gesetzentwurf vorliegt, wird darüber noch zu reden sein.

# Tages-Neuigkeiten.

## Die Generalspartei für den Generallstab

Der „Arier“ Flachbarth im „Tag“.

Der „Tag“ hält es für nötig, sich in seinen Sorgen um die deutsche Einheitsfront an ganz besonders gut beratene Fachmänner zu wenden. So taucht Herr Dr. Ernst Flachbarth, Redakteur des „Prager Magyar Hirlop“ und derzeitiger Kandidat der Erwählenden Ungarn auf der Liste des deutschbürgerlich-jüdisch-christlichen Einheitsklubmaddels bei den Prager Gemeindevahlen mit einem großartigen Schlag im „Hakenkreuzblatt“ auf. Der „Arier“ Flachbarth schlägt die Gründung eines gemeinsamen „Generalstabes“ der deutschen Parteien vor. Er muß ja in diesen Dingen einige Kenntnisse haben, denn von Horstbörger weiß er ja sicher, wie ein revolutionärer Generalstab zu organisieren ist. Außerdem hat Herr Flachbarth von den Prager Gemeindevahlen her Erfahrungen in der Einheitsfrontarbeit. Damals dürfte es ihm zwar nicht gelungen sein, den vereinigten Hakenkreuzler und Judenliberalen wesentliche Verstärkungen aus dem ungarischen Lager zuzuführen, da die in Prag weilenden Ungarn förmlich für die Freunde Horstbörgers recht wenig Sympathien übrig haben. Dagegen wird sein Aufstehen im „Tag“ sicher eine Stärkung der nationalsozialistischen Bewegung bedeuten. Vielleicht könnte man Herrn Udeudorff, der ja jetzt in Deutschland wieder überflüssig werden dürfte, als Chef des Generalstabes der neuen Flachbarth-Einheitsfront anstellen. Der Sieg müßte dann gewiß sein.

**Die Geburtsziffern sinken.** Vor kurzer Zeit hat das Statistische Staatsamt Ziffern über die Bevölkerungsbewegung in der Tschechoslowakei veröffentlicht, die uns einen Einblick in die erschütternde soziale Lage der deutschen Randgebiete in Böhmen gewähren. In 21 deutschen Städten Böhmens beträgt der vorjährige Geburtenüberschuss bloß 201! Die durchschnittlichen Geburtenziffern von 3436. Wenn man auch in Betracht zieht, daß bereits vor dem Kriege der Geburtenüberschuss in den deutschen Gebieten Böhmens ein sehr geringer war, so muß festgestellt werden, daß sich die Verhältnisse seither bedeutend verschlechtert haben und in vielen Städten und Bezirken überhaupt keine Ueberflüsse mehr erzielt werden konnten. Daß man für diese Zustände nicht allein den Krieg und seine unmittelbaren Folgen verantwortlich machen kann, liegt auf der Hand, da eine Besserung nach Ueberwindung der Kriegsnot nicht eingetreten ist. Die in diesem Staate herrschenden Verhältnisse sind für die sinkenden Geburtsziffern im deutschen Gebiete Böhmens heute am nachhaltigsten ausschlaggebend. Darüber darf uns auch die chauvinistische Auslegung — vom Aussterben der Deutschen usw. — nicht hinwegtäuschen. Solange in diesem Staate die deutsche Industrie gedrosselt wird und dem deutschen Arbeiter und Angestellten nicht ein Existenzminimum geboten wird, solange wird der Geburtenrückgang anhalten, da jede Familiengründung unterbunden und jede Erweiterung der Familien durch den Selbst-erhaltungstrieb der Familienmitglieder verhindert wird. Und wahre Volkswohlfahrt werden in diesem Staate stets nur jene deutschen Parteien treiben, deren erste Sorge die Erhöhung des sozialen Niveaus der deutschen Gebiete bildet. Mit nationalen Kampfen und ausbeuterischen Methoden kann der Kampf gegen die sinkenden Geburtsziffern nicht geführt werden!

**Die Begegnung Malaja-Beneš.** Der österreichische Gesandte in Prag Dr. Ferdinand Marek ist Donnerstag nach Wien abgereist und am 7. Dezember stattfindenden Begegnung des österreichischen Außenministers Dr. Malaja mit dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Beneš teilgenommen. Die Begegnung findet im Eisenbahnzuge auf der Fahrt zwischen Wien und dem Semmering statt.

**Unsere Toten.** In Müglitz (Mähren) ist ein alter Veteran unserer Parteidemokratie, Genosse B o s, am Sonntag abends gestorben. Der Dahingegangene, der Vater unseres Vertrauensmannes Siegmund B o s, gehört der Partei seit 40 Jahren an, war lange Zeit Vertrauensmann unserer politischen Organisation und betätigte sich auch als Funktionär des Müglitzer Bildungsvereines. Sein Leichenbegängnis fand Mittwoch nachmittags statt.

**Dem Schlachtfeld der Arbeit.** Samstag kam es unter der schwarzen Erde im „Loischen“ Schacht in Witowitz zu einem Unglücksfall, welchem der 16jährige Bergarbeiter Vaclav Feralla zum Opfer fiel. Da im dritten Stollen beim Aufstieg gerade in dem Momente, als er mit Steinen beladene Wagen an die Oberfläche befördern sollte, das Drahtseil riß, die Wagen herabstürzten und dadurch die ganze Holzkonstruktion zerstört wurde, mußte sofort eine neue Konstruktion hergestellt werden. Diese neue Konstruktion ließ aber nach und begrub den gerade vorbeigehenden Feralla unter sich. Nach zweistündiger Arbeit wurde Feralla als verstümmelte Leiche geborgen.

**Durch Benzinsgase getötet.** In der Pumpstation der Firma Melbasil in Prag wurde gestern Mittag der 50jährige Arbeiter Benzl S o c h o r in dem Raume, in dem sich der Motor befand, bewußlos aufgefunden. Sochor hatte noch das Verbotene Lüten und Fenster geschlossen und wurde durch die sich entwickelnden Gase, die

# Der Gipfelpunkt des Unternehmerrückfalls.

## Wie sich die Bankdirektoren den Arbeitsvertrag ihrer Angestellten vorstellen.

Vorgestern wurden, wie bereits gemeldet, die Verhandlungen der Banken mit den Vertretern der beiden Beamtenorganisationen mit einer Erklärung des Verhandlungsleiters unterbrochen, daß sich der Bankenverband mit der entstandenen Sachlage beschäftigen wird. Diese Sachlage besteht in folgendem: Es ist bekannt, daß nach dem Streik in allen Banken eine von den siegreich gebliebenen Direktoren gewaltsam oktroyierte Dienstpragmatik eingeführt wurde, welche auf dem Prinzip der „Autorität“ der Banken aufgebaut war und die Beamtenvertretungen (Personal-Kommissionen), welche früher ein zentralisiertes Mitbestimmungsrecht in Personalangelegenheiten besaßen, auf das „beruhende Wort“ zurückwarf. Die neue Pragmatik, die nur eine Art Rahmenvertrag darstellt und keine Bestimmungen über die im Kollektivvertrage geregelten Gehalte enthält, verhält den Banken zu dem sogenannten Rückbildungsprozeß im Bankgewerbe. Die Gehalte, selbstverständlich nicht die Riesegehälter der Direktoren, wurden gekürzt, die Arbeitszeit verlängert, die Ueberstundenanordnung war vollkommen den Banken überlassen, die Beamtenarbeit konnte, bei Vorhandensein gewisser Voraussetzungen auch die Definitiven, gekündigt werden. Trotzdem kündigte der Bankenverband die für ihn gewiß ungünstige Pragmatik auf Grund eines einträchtigen Beschlusses seiner deutschen und tschechischen Mitglieder, weil er die Zeit für gekommen ansah, zu einem Generalangriff auf die letzten noch übrig gebliebenen Rechte der Beamtenschaft auszuholen. Gleich die erste Forderung der Organisationsvertreter, die niemanden präjudizierende Verlängerung der jetzigen Pragmatik zuzugestehen, damit genügend Zeit für die eigentlichen Verhandlungen gewonnen werde, wurde abgelehnt. Was aber war nicht alles in dem Entwurf enthalten, den die Bankdirektoren als „unverbindliche Verhandlungsgrundlage“ in der ersten gemeinsamen Sitzung überreichten und welcher gestern von den Organisationsvertretern in den Banken zur Orientierung der Angestellten veröffentlicht wurde.

Der neuen Pragmatik sollen nicht mehr alle Beamten unterliegen. Keine Bestimmung, daß Sonderverträge der Vertragsangestellten auch nicht jene der Prokuristen, nicht ungünstiger als die Pragmatik sein dürfen. Zehnjährige Provisorien, der bereits jetzt definitiven Beamtenschaft sollen „überprüft“ werden und die Banken wollen sich das Recht vorbehalten, den bereits definitiv Erklärten das Definitivum zu nehmen, falls die Betrof-

fenden nicht volle zehn Jahre angestellt waren und einen auf Grund einer neuerlichen vom Bankrat angeordneten Untersuchung ungünstigen Gesundheitszustand aufweisen. Niemand darf Nachrichten ohne Bewilligung der Bank über die internen Einrichtungen und über die leitenden Funktionäre (!) veröffentlichen. Falls nichts anderes im Kollektivvertrage festgelegt wird, achtstündige Arbeitszeit, mit dem ausschließlichen Rechte der Banken auf Ueberstundenanordnung, über deren Bezahlung kein Wort gesagt wird, Bilanzarbeit — die oftmals bis tief in die Nacht dauert — ist keine Ueberstundenarbeit. Zahlung der Steuern nur auf Widerruf, bei chronischen Krankheiten keine Gehaltsurlauben (!). Erkrankte provisorische Angestellte erhalten nur durch sechs Wochen Gehalt. In die Beamtenvertretungen sind nur Angestellte mit vollendetem 30. Lebensjahre (!) wählbar. Schlechtere Kündigungsfristen als nach § 20, Abs. 1 des Handlungsgesetzes, Kündigungslosigkeit definitiver Beamter, falls die Bank es beschließt, bei definitiven unter 30 Jahren ohne Angabe von Gründen, keine Zustimmung des Schemas.

Das ist ein ungeheurer Auszug aus dem Bankenschemata, das außerdem eine Reihe von Strafsanktionen, d. h. Entlassungsmöglichkeiten, auch ohne Disziplinarverfahren, enthält. Selbstverständlich weigerten sich die Organisationsvertreter dieser Basis zu verhandeln, und verlangten, daß die Beratungen auf Grundlage nicht des Verhandlungsprotokolls der Organisationsvertreter, sondern auf der von den Banken selbst diktierten Pragmatik geführt werden. Da aber geschah, wie das gestrige Kommuniqué der Organisation meldet, das Unglaubliche: Die Banken wiesen diese gewiß nur scheinbare Zügelnde Forderung zurück, verweigerten ihre eigene Pragmatik, welche sie — nach einem siegreichen Streik! — als gerechte Regelung des Dienstvertrages bezeichnet hatten, und beharrten darauf, daß auf ihrem Entwurf verhandelt werde. Das ist in ein paar Worten der „Sachverhalt“, über welchen also der Bankenverband beraten will. Wir möchten den Herren, deren offensichtlichstes Ziel zu sein scheint, aus den „Ersparnissen“ an der Beamtenschaft die eigenen Taschen zu füllen und die eigenen Millioneneinkünfte auch in alle Zukunft sicherzustellen, dringend raten, sobald die Verhandlungen fortzusetzen. Ansonsten wird dafür gesorgt werden, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen.

nicht entweichen konnten, vergiftet. Auf dem Transporte ins Allgemeine Krankenhaus verschied der Verunglückte. Die Leiche wurde in das Institut für gerichtliche Medizin überführt.

**Ein Mord in Postelberg.** Montag abends fanden Bewohner des Hauses Nr. 255 die Hausbesitzerin, Frau Pauline Federfel, in Postelberg tot in ihrer Wohnung liegen. Da diverse Verächte in der Stadt verbreitet waren und der herbeigerufene Stadtrat Dr. S ch i f f l e r verdächtige Flecken am Halse konstatierte, wurde der Mann der Verstorbenen, Josef Federfel verhaftet und dem Verichte eingeliefert. — Die gerichtliche Obduktion der Leiche ergab zweifellos Mord durch Erdrückung, weshalb gegen den Mann die Anklage wegen vorsätzlichen Mord erhoben und er dem Kreisgerichte in Brüx eingeleitet wird.

**Betrennungslod.** In der Wohnung des Kaufmannes B o c k o v in Mährisch-Osttau trug sich am Dienstag ein furchtbares Unglück zu. Als das Dienstmädchen Anna Klumel im Ofen angeheizt hatte, wollte es sich sodann bei der offenen Ofentür wärmen. Da es dabei irgendwie ungeschickt hantierte, fing eine kleine Feuer, die in wenigen Augenblicken in Flammen stand. Es gelang zwar den Anwesenden, die Flammen an der Verunglückten zu ersticken; es war jedoch schon zu spät. Die Bewanderte ist unter furchtlichsten Qualen im Krankenhause ihren Verletzungen erlegen.

**Selbstmord aus Rot.** Mittwoch wurde in Troppau in seiner Wohnung der Kesselwärter Josef W a b a r s c h erhängt aufgefunden. Wie aus den in der Wohnung vorgefundenen Dokumenten hervorgeht, ist der Selbstmörder 50 Jahre alt, geschieden und lebte mit seinen zwei Kindern im Alter von 11 bis 16 Jahren, die er am letzten Sonntag aus seiner Wohnung hinausgejagt hatte, in ungeordneten Verhältnissen. Am Dienstag äußerte sich Wabarsch zu einigen Hauspartnern: „Heute ist mein letzter Tag gekommen!“ Da er finanziell sehr schlecht stand und seine Verhältnisse zerrüttet waren, ist anzunehmen, daß die Verzweiflung ihn zum Selbstmord getrieben hat.

**Von zwanzig Jügen überfahren.** Dieser Tage fand man die Leiche der Hauslerin M. M o n t a n a aus Kráman bei Olmütz auf dem Gelfeise der Bahnhofsstraße Prerau-Olmütz. Die Unglückliche war nach der Arbeit im Dunkeln auf dem Heimweg auf das Gelfeise herabgestürzt und von dem gerade heranbrausenden Juge erfasst und getötet worden. Dann gingen während der Nacht 20 Jüge über den Körper der Frau hinweg, die ihn so zurichteten, daß man die einzelnen Glieder zusammensuchen und in einem Korbe bergen mußte.

**Nach sieben Jahren Nachricht von einem Vermissten.** Der seit 1917 im Felde vermisste Beamte Ernst D ü r s c h m i e d hat vor einigen Tagen seinen

in Müglitz lebenden Angehörigen aus Nikolajew erstmalig Nachricht gegeben.

**Ein neues Schifferlädchen.** Der Handelsreisende S t ä d t e r lernte in Olmütz eine gewisse Magda Christen, die sich als Witwe eines Offiziers ausgab, kennen und übernachtete mit ihr in Müglitz in einem Hotel. In der Früh war die schöne, goldhaarige Magda verschwunden und mit ihr das Geldtäschchen des Städter, beinhaltend 600 K. Der Troppauer Polizei ist es nun gelungen, die goldhaarige Magda, die vorgab, eine Offizierswitwe aus Kaschau zu sein, festzunehmen. Es stellte sich jedoch heraus, daß sie richtig Marie K r i s t o v a heißt, ledig ist und aus Witowitz stammt.

**Radiomesse auf der Prager Frühjahrsmesse.** Anlässlich der zehnten Prager Frühjahrsmesse (22. bis 29. März 1925) wird eine eigene Radiomesse in die Wege geleitet. Alle mit der Radiobranche in Beziehung stehenden Fabrikate sollen vorgeführt und ausgestellt werden. Auch ein Kongreß aller Radiomaneure in der Tschechoslowakei ist in Aussicht genommen.

**Tschechoslowakische Klassenlotterie (16. Ziehungstag).** Gestern wurden die Grundzahlen 13 und 67 gezogen. Je 100.000 K gewonnen: 8613; 40.000 K gewonnen: 172.967; je 30.000 K gewonnen: 567.29.967; je 5000 K gewonnen: 42.867, 72.813, 81.067, 98.613, 102.567, 104.013, 139.367, 144.613, 147.313, 156.713, 159.113; je 2000 K gewonnen: 2967, 20.667, 21.713, 24.167, 30.313, 88.713, 41.567, 42.867, 72.613, 78.013, 95.613, 104.967, 107.513, 121.013, 126.613, 129.367, 129.613, 187.567, 152.213, 155.613, 155.667, 157.613, 161.813, 167.167, 171.267, 177.913, 185.467, 191.113, 207.513.

**Das Märchen vom „Dolchstoß von hinten“.** Der Berliner „Vorwärts“ veröffentlichte gestern im Auszug die Gutachten, welche die Sachverständigen Professor Hans Delbrück, General von Ruhl, der ehemalige Chef der Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht, Oberst Schwerdtfeger und Amtsgerichtsrat Herz u. a. vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstages zur Erforschung der Ursachen des Zusammenbruchs im November 1918 abgegeben haben. Der „Vorwärts“ erklärt, es liege kein Grund vor, die Gutachten weiter noch als vertraulich zu behandeln. Die Gutachten beweisen im Ganzen und Großen die F a l t l o s i g k e i t des Märchens der Erdolchlung der Front von hinten.

**Die Mordtat in Halger und die Deutschnationalen.** Man sollte meinen, daß es nicht möglich ist, dieses Verbrechen mit der Politik zu vermengen. Bei den Deutschnationalen ist aber alles möglich. Die Berliner „Neuzeitung“ bringt ihren ausführlichen Bericht über die Mordtat unter der Überschrift: „Was im neuen Deutschland möglich ist.“ Damals wußte die „Neuzeitung“ allerdings noch nicht, daß der

Herr Direktor selbst den abscheulichen Mord begangen hat. Wie nunmehr festgestellt worden ist, hat Angerstein die grauenhaften Mordtaten an seiner Familie und an seinen Hausangestellten lange Zeit planmäßig vorbereitet, um Veruntreuungen, die er als Geschäftsführer der Rastwerke von der Typen begangen hatte zu verdecken. Bei der Typen im Bett liegende Ehefrau hatte er schon am Samstag abends, also 24 Stunden vor Bekanntwerden des Verbrechens, durch eine große Anzahl von Messerstichen umgebracht und darauf seine im Nebenraum wohnende Schwiegermutter getötet. Die Schwester seiner Frau, die erst tief in der Nacht von einem Auszuge zurückgekehrt war, erschlug er unmittelbar nach ihrer Ankunft hinter rücks mit einem Beil. Als am folgenden Morgen gegen 7 Uhr ein Buchhalter und ein Büroangestellter zur Arbeit im Büro erschienen, rief Angerstein sie nach einander in sein Zimmer, schloß dieses ab und schlug seine Opfer mit Beilhieben zu Tode. Diese Mordtat wiederholte er dann im Laufe des Vormittages nacheinander an dem Sohne eines Kunstgärtners und einem Hilfsgärtner, die beide auf dem Angersteinischen Grundstücke mit Gartenarbeiten beschäftigt waren. Die Verwundung Angersteins hat sich inzwischen als weniger schwer herausgestellt. Er wurde gestern abends unter polizeilichem Schutze nach Siegen transportiert, wo er vorläufig in das dortige Gefängnis eingeliefert worden ist.

**„Spät kommt ihr...“** Eine Versammlung von englischen Geistlichen hat mit 86 gegen 78 Stimmen beschlossen, das in der Zeit der Frauenemanzipation nicht gern gehörte Wort „gehörchen“ aus der Formel der Trauungen zu streichen. Man hat sich stattdessen dahin geeinigt, daß sich die Eheleute verpflichten sollen, „einander in gegenseitiger Liebe zu dienen“. Dieser Vorschlag muß noch von der Vollversammlung der englischen Geistlichen und dem Unterhaus genehmigt werden.

**Ausland in Nordperu.** Nach einer Meldung aus Lima bekämpften aufständische Bergbewohner der Anden am 20. November Chota in Nordperu. Regierungstruppen eroberten nach zweiseitiger Kämpfe Chota. Eine Anzahl Aufständischer hat sich nicht ergeben.

**Verhaftung eines langgejagten pfälzischen Milliardenchwinders.** Ein Pfaffe, der seit langer Zeit die geriebensten Betrügereien verübt, ist in Meran in die Hände der Polizei geraten. Es ist dies der im Jahre 1881 in Fiume geborene und nach einem Vorste im Bezirk Kufstein in Mähren zuständige absolvierte Gymnasialist und Theologe und nachheriger Priester Siegfried Gerzabel. Bei seinen Schwindeleien legte er sich die höchsten geistlichen Titel seiner pfälzischen Mitbrüder bei. Er tauchte einmal als Monsignore, dann als infulierter Titularabt und als Archimandrit der Kathedrale Saarbrück, dann als Prälat und Ehrenabt der Kathedrale Gibeil am Libanon auf. Als er aber anfing, den Schwindel mit Milliarden zu machen, begann die Sache schief zu gehen. So wollte er das Schloß Wernberg bei Klagenfurt kaufen, ohne Geld zu besitzen. Es wurde ein Kaufvertrag aufgesetzt, wonach der Kaufpreis sieben Milliarden betragen sollte. Der „Herr Prälat“ Gerzabel wußte sich immer Rat. Und so kam er zu dem christlichen Unternehmern, das sich „Österreichischer Sparbund“ nennt. Dort machte sich der „Präsident“ des „Sparbundes“, ein Herr T r i t s c h e w i t z, der mittlerweile, wie wir bereits berichtet haben, ins Kriminal kam, erdödig, eine Milliarde flüssig zu machen. Dafür räumte der Herr Prälat dem „Sparbund“ einige Zimmer im Schlosse ein. Tritschewitz hatte sich die Betrügerei des Prälaten auch gleich zunutze gemacht. Er ließ auf allen Prospekten und Briefköpfen des „Sparbundes“ das Bild des schönen Schloßes in Wernberg aufdrucken und versprach den Teilnehmern des „Sparbundes“, daß sie Anspruch auf Ausnahme in dieses Erholungsheim hätten. Freilich stellte sich dann heraus, daß sowohl der Pfaffe Gerzabel wie der „Präsident“ Tritschewitz abgefeimte Betrüger sind, und so kam der Kaufvertrag nicht zustande. Gerzabel hat aber inzwischen eine Unmenge von Betrügereien und Zechprellereien verübt. Eine große Zahl seiner Schwindeleien wird freilich gar nicht aufkommen, denn in vielen Klöstern und Pfarrhöfen wird man sich hüten, es aller Welt kundzutun, daß einer ihrer Mitbrüder ein ganz gewöhnlicher Gauner ist. Bei der Verhaftung des betrügerischen Pfaffen wollten es die Behörden gar nicht glauben, daß Gerzabel der Gilde der Pfaffen angehört, und man erkundigte sich bei dem Ordinariat in Klagenfurt, das aber doch bestätigen mußte, daß Gerzabel Priester sei. Es fügte nur bei, daß Gerzabel nicht der Diözese Gurk angehört.

**Sieben Fischerbarken im Sturm vernichtet.** In der Nacht auf Donnerstag wurden acht Fischerboote, die auf der Kurischen Nehrung bei Memel zum Fischfang ausgefahren waren, von einem heftigen Nordoststurm überfallen. Von den acht Booten ist bisher nur eins zurückgekehrt; von den anderen Booten sind Trümmer an den Strand geworfen worden. Drei Schiffer sind in Koffen gerettet worden, drei sind noch vermisst. Sie sind vermutlich ertrunken.

**Die erste Lawinen-Beobachtungsstation.** Am Lamihochtaum im Gelfeise in Steiermark ist von den österreichischen Bundesbahnen in 1850 Meter Höhe die erste Station erbaut worden, die die Entstehung von Lawinen beobachten soll. Die Station ist mit Wetterbeobachtungs-Instrumenten und Schneepelgen viel ausgestattet; findet sich an einer wegen ihrer Lawinengefahr besonders gefährlichen Stelle. Die Beobachtungen werden durch Kabelleitung an die Talfstation Hieflau weitergegeben und von dort der Zentral-Wetterwarte in Wien gemeldet. Wenn Gefahr droht, kann der Bahnverkehr in dem gefährdeten Gebiet eingestellt werden. Man wird dann Versuche machen, durch Ablassen von Lawinendämmern größeren Schaden zu verhüten.

**Wieviel Wasser wird in Wien verbraucht?** Der Wiener Gemeinderat hat im Dezember 1923 beschlossen, daß vom 1. Jänner 1924 an für jeden Bewohner täglich fünfunddreißig Liter Trinkwasser kostenlos abgegeben werden sollen. Die Kontrolle des Wasserverbrauches hat nun im ersten Viertel des heurigen Jahres ergeben, daß von den 43.010 Häusern nicht weniger als 26.420 mit diesen fünfunddreißig Litern täglich angekommen sind, die Bewohner von 60 Prozent aller Wiener Häuser also das Wasser vollkommen unentgeltlich erhalten. Der größte Wasserverbrauch entfällt auf die Innere Stadt, in der von 1314 Häusern nicht weniger als 1143, also 87 Prozent, mehr als die fünfunddreißig Liter täglich für jeden Bewohner, ausweisen. An zweiter Stelle kommt Wien, wo 72 Prozent der Häuser einen Wasserverbrauch verzeichnen, an dritter Stelle Josefstadt mit 69 Prozent, an vierter Stelle Neubau mit 67 Prozent, an fünfter Stelle Mariahilf mit 66 Prozent, an sechster Stelle Alsergrund mit 59 Prozent, an siebenter Stelle Landstraße mit 48 Prozent, an achter Stelle Döbling mit 47 Prozent, an neunter Stelle Leopoldstadt mit 44 Prozent und an zehnter Stelle Währing mit 43 Prozent. In allen übrigen Bezirken wurde in nicht einmal 40 Prozenten der Häuser ein Wasserverbrauch festgesetzt. Am geringsten ist der Wasserverbrauch in den Bezirken Simmering und Floridsdorf, weil dort meist kleine Wohnungen und nur in den seltensten Fällen Badezimmer vorhanden sind. So verzeichnen in Simmering nur 16 Prozent und in Floridsdorf 17 Prozent der Häuser einen Wasserverbrauch, der über die fünfunddreißig Liter für jeden Bewohner täglich hinausgeht. Berechnungen des Magistrats über den durchschnittlichen Wasserverbrauch in den ersten neun Monaten des heurigen Jahres zeigen, daß gegenüber dem vergangenen Jahre abermals mehr Wasser verbraucht worden ist.

**Erdbeben in Agrum.** Die die Grazer „Tagespost“ meldet, wurden Donnerstag abends um 10 Uhr 30 Minuten in Agrum mehrere Erdstöße verspürt; es wurden drei starke Stöße in der Richtung von Süden nach Norden wahrgenommen. Nach zehn Minuten wiederholte sich das Beben. Ein Schaden wurde nicht verursacht.

**Ein hypnotischer Graubhund?** Die Chicagoer Polizei hat, so melden amerikanische Blätter, als erste in der Kriminalistik eine Hellscherin als Detektivin eingestellt. Die Hellscherin, die in New York ihren Wohnsitz hat, hatte einen der schwersten Kriminalfälle zur Auffklärung gebracht. In Chicago war am Tage vor seiner Hochzeit mit der Tochter eines Millionärs ein junger Anwalt ermordet worden. Trotzdem zahlreiche Detektivs mit den Nachforschungen nach dem Mörder betraut worden waren, waren diese vergeblich geblieben. Die Hellscherin wurde nun nach Chicago berufen und in Trance versetzt, worauf sie angab, sie sehe neben der Leiche des Anwalts eine Reglerin stehen. Da sie auch den Namen (!) der Reglerin nannte, forschte die Polizei nach, fand die Reglerin tatsächlich und entdeckte bei einer Hausdurchsuchung blutgetränkte Kleidungsstücke des Ermordeten, worauf die Reglerin ein Geständnis ablegte.

**Wetterübersicht vom 4. Dezember.** Am Mittwoch herrscht in der Republik veränderliches, in Böhmen wärmeres und im Osten etwas kühleres Wetter als am Vortage. Die Nachmittagstemperaturen erreichten meist sieben bis neun Grad Celsius. Nur wenige Orte blieben niederschlagsfrei, darunter Prag. Größere Regenmengen (10 bis 13 Millimeter Wasserwert) fielen in Nordmähren während der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag. Böhmen hatte Donnerstag früh Nebelwetter. Von Norddeutschland her breitet sich eine Kältefront südwärts aus. Soerns in Schweden hatte in der letzten Nacht ein Minimum von -23 Grad Celsius. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Vorwiegend bewölkt, Neigung zu Regenschauern, allmähliche Abkühlung, aufsteigender Nord- bis Nordostwind.

## Wolkswirtschaft.

### Die Preise steigen weiter!

Der Index der Großhandelspreise setzt sein im August begonnenes Steigen fort. Er ist von 1008 vom 1. Oktober auf 1020 am 1. November gestiegen. Danach haben also die Preise innerhalb eines Monats um 1,5 Prozent angezogen. Die Preissteigerung trifft diesmal beide Gruppen von Waren in gleicher Weise, nämlich Lebensmittel und Industrieartikel. Auch der sogenannte Goldindex, der auf Grund des Dollarkurses berechnet wird, ist von 145,9 auf 147,6 gestiegen.

### Die Betriebsauswahl-Wahlen in der Textilindustrie Ostböhmens

Die Wahlen in die Betriebsausschüsse der ostböhmischen Textilindustrie sind abgeschlossen, bis auf einen Betrieb, welcher ebenfalls bei der Wahl in der Mehrheit Mitglieder der Union der Textilarbeiter wählen wird, da die Arbeiter meistens in der Union organisiert sind. Obwohl die heurigen Wahlen fast in denselben Betrieben durchgeführt wurden, sind in diesen bedeuend mehr B. A. gewählt worden, weil der Beschäftigtenstand gegenüber dem Vorjahre ein größerer geworden ist. Die B. A. wurde von der Union in 43 Betrieben durchgeführt und ergab folgendes Ergebnis: Die Union der Textilarbeiter erhielt 256 Mandate, die Christlichsozialen 19, die Deutschsozialen 8, die Nationalsozialisten 8, die Kommunisten 7, Indifferente wurde 2 gewählt. Von den Betriebsausschüssen, welche durch den erhöhten Arbeiterstand im heurigen Jahre mehr gewählt wurden, erhielt die Union 8 Mandate, die Christlichen 6, die Deutschsozialen 4, die Nationalsozia-

# Christlichsoziale Bestien.

## Ein Knecht wird bei einem Feuerwehrtakt von Mitgliedern der Christlichsozialen Partei in der katholischen Gemeinde Obersch zu Tode geprügelt!

Am letzten Dienstag fand vor dem Tropauey Landesgericht ein Prozeß statt, der so recht aufzeigte, wie es in einer Gemeinde mit der Moral beschaffen ist, in der die Christlichsozialen unumschränkt herrschen. Die Angeklagten, die sicherlich keine Kinderfreundlichen besuch haben, immer freischig in die Kirche gegangen und alle bei den Christlichsozialen organisiert sind, haben sich gegen einen Mitmenschen als Bestien in Menschengestalt benommen. Angeklagt waren Josef Kaschny, Bürgermeister und Landwirt, Theodor Mointel und Augustin Hanke, alle in Obersch wegen Verbrechen an der schweren Körperbeschädigung, durch die der Tod des Josef Wezerel entstand.

Am 12. Juli fand in Obersch das Gründungsfest des 50jährigen Bestandes der deutschen freiwilligen Feuerwehr statt. Der Festplatz war im Garten des Bürgermeisters.

Die Feuerwehr aus Kauten kam zum Geste auf einem Wagen, den der Knecht Josef Wezerel lenkte. Wezerel erfreute sich bei den „Ortsgrößen“ von Kauten und Obersch seiner Beliebtheit, da er im Rahmen der Bodenreform Anspruch auf einige Felder erhob. Als nun Wezerel, nachdem er sein Gefährt verlor, auf den Festplatz zurückkehrte und ein an der Kassa stehendes Mädchen ohne Eintrittskarte mitnehmen wollte, geriet er sofort mit dem Kassier Mointel in Streit und verlor dabei einen Stoß. Daraufhin wurde Wezerel von Mointel und Hanke in den Garten gezogen und juristisch mißhandelt. Er wurde von den beiden zerort ins Gesicht geschlagen, daß er zu Boden stürzte. Als er sich erheben wollte, wurde er wieder zerort geschlagen, daß er neuerlich zu Boden fiel und ihm das Blut aus den Augen, Mund und Nase hervorströmte.

Dann traten ihn die beiden mit den Fäusten in den Kopf. Während dieser ganzen Zeit sah Mointel auf Wezerel und bearbeitete ihn mit den Fäusten. Einen Fußtritt erhielt Wezerel in die Hüfte, so daß ihm diese heransprang. Nun kam der Bürgermeister Kaschny dazu und ließ, wie Zeugen angaben, gerufen haben: „Eine freiwillige Feuerwehr läßt sich von so einem hauen! Schlagt ihn tot!“ Als der blutende Wezerel vor Schmerz laut schrie, sagte der Bürgermeister, man solle ihn in einen Keller schenken, damit man das Geschrei nicht höre!

Kaschny hatte, wie festgestellt wurde, auch die Hände blutig. Mointel gab nach der Tat seiner Freude dahin Ausdruck, daß er es dem Wezerel anständig gegeben habe und daß er ihn am liebsten die Eingeweide ausgezerrt hätte. Bewohner aus Kauten reinigten den Schwereverletzten vom Blute und schafften ihn auf einem Wagen nach Hause. Es wurde ein Arzt geholt, der den Schwereverletzten ins Spital schaffte, wo er am folgenden Tage seinen furchtbaren Verletzungen erlag. Die Todesursache war ein Sprung der Schädelbasis, wodurch das Mittelohr schwer verletzt wurde, was eine Gehirnhautentzündung mit Gehirnblutungen zur Folge hatte.

Die Angeklagten wollten bei der Verhandlung alle unschuldig sein. Kaschny gab an, er habe die Kaufjungen ermahnt und gerufen: „Schlagt ihn nicht tot!“ Die Hände habe er nur deshalb blutig gehabt, weil Wezerel ihn schlagen wollte und er ihn von sich stieß. Daß auch bei der Verhandlung den Angeklagten nicht die Rohheit ihres Benehmens klar war, ist daraus ersichtlich, daß sie alle während der Verhandlung lachten. Alle sind sie Mitglieder der Christlichsozialen Partei.

Der nach der Tat als Untersuchungsrichter fungierende Kaplan Poda meß ließ die Zeugen auf die Barre kommen und stellte dort Fragen an sie, um zu erfahren, wie sich die Sache abgespielt hat. Der Barre des Ortes, der ein Verwandter des Kaschny ist, nahm mit den Zeugen Protokolle auf und ließ sie von ihnen unterschreiben. Die Zeugen,

die bei der Gendarmerie befaßt sind für die Angeklagten ausfragten, haben nach der Einberufung bei dem Pfarrer dann alle bei der Verhandlung mitliefend für die Angeklagten ausgesagt. Nur der Zeuge Ulrich, der in Deutschland wohnt, blieb bei seiner alten Aussage, daß Kaschny nicht beruhigend, sondern aufreizend gesprochen habe.

Bei der Verhandlung wurde eine Anzahl von Protokollen vorgelesen, welche teilweise die Schuld Kaschnys bestätigten, teilweise entlastend für ihn waren. Der Kaplan gab in einem Protokoll an, daß ihn der Rechtsanwalt Dr. Janocsek aus Sulstschin aufgefodert habe, Zeugen namhaft zu machen, die bei der Kauferei anwesend waren. Er habe dem Wunsche des Rechtsanwaltes Folge geleistet und darin nichts Strafbares erblickt. Der Eschlagene hat, wie festgestellt wurde, für seine alten Eltern, die sich nicht mehr allein erhalten können und für ein uneheliches Kind sorgen müssen. Sein Vater verlangte den Ertrag der Leichenkosten; der Vormund des Kindes die Zahlung der Alimente durch die Angeklagten.

Nach siebenundzwanzigstündiger Dauer der Verhandlung wurde das Urteil gefällt: Kaschny wurde von der Anklage freigesprochen; Hanke und Mointel wurden zu je sechs Monaten schweren Kerker, verurteilt mit einer Feste monatlich, verurteilt. Außerdem wurden sie verurteilt, 814 Kronen Leichenkosten an die Eltern und jährlich 400 Kronen zur Erhaltung des Kindes zu gleichen Teilen zu bezahlen. Das Urteil wurde deshalb so gering bemessen, weil die beiden Angeklagten noch nicht verurteilt sind.

### Waffenmörder Haarmann vor Gericht.

Hannover, 4. Dezember. Heute begann vor dem hiesigen Schwurgericht der Prozeß gegen den 17-jährigen Missethäter Fritz Haarmann, der angeklagt ist, siebenundzwanzig junge Männer ermordet zu haben. Mit Haarmann zugleich ist sein Freund und Mitbewohner Hans Grans wegen Anstiftung zum Mord und Heherei angeklagt. Der Prozeß, zu dem gegen zweiundzwanzig Zeugen geladen sind, dürfte zwei bis drei Wochen dauern.

Haarmann war in Hannover als Homosexueller bekannt. Man sprach allerlei von Orgien, die in der Dachstube, welche er mit Grans teilte, gefeiert wurden, bei der Polizei wurden Anzeigen von Deuten, die verdächtige Gerüche aus seiner Wohnung gehört hatten, von jungen Deuten, die er mundgeschlagen hatte, erstattet. Bei Hausdurchsuchungen wurden auch Wundspuren gefunden, aber die Polizei ließ alle Untersuchungen im Sande verlaufen. Haarmann, der schon wiederholt wegen Diebstahls und Betruges abgestraft war, hatte nämlich den glücklichen Einfall gehabt, sich der Polizei als Späher zu verdingen. Er leistete ihr wirklich wichtige Dienste, dafür ließ sie ihn in Ruhe.

Am 17. Mai wurden aus der Leiche, die Hannover durchsichtig, zwei Menschenköpfe gefischt, an denen sich noch Hirschhülle befanden. Die Polizei stellte Nachforschungen an, die aber zu keinem Ergebnis führten. Im Juni fand man wieder zwei Köpfe aus dem Fluß, dazu einen Schädel mit Menschenknochen. Die Gerichtsärzte stellten fest, daß alle diese Leichenreste von jungen Männern stammten. Nun kam einem Beamten der Kriminalpolizei der Gedanke, der Homosexuelle Haarmann, der schon früher des Mordes verdächtig gewesen war, könne der Täter sein.

Wahrscheinlich hatte sich die Polizei noch immer nicht entschlossen, Haarmann festzunehmen, wenn dieser sich ihr nicht selbst überliefert hätte. Grans pflegte im Bahnhof zugereiste junge Leute auszuheben und sie Haarmann zuzuführen. Dieser verbrachte mit ihnen eine Liebesnacht, ermordete sie dann, zerstückelte die Leichen und warf sie in die Leine. Die Leiber überließ er Grans, der damit Handel trieb. Nun war ein gewisser Kurt Fromme, den Grans ins

Hand gebracht hatte, irgendwie dem Lose seiner Vorgänger entkommen. Er stellte dann vermuthlich Geldforderungen an Haarmann und um sich von ihm zu befreien, verhaftete ihn Haarmann in seiner Eigenschaft eines Detektivs im Bahnhof. Fromme überlebte sich und ein Wachmann verhaftete beide.

Haarmann leugnete freilich, als man ihn den Verdacht, der auf ihm lastete, im Polizeigefängnis mitteilte. Er berief sich auf seine Beziehungen zur Polizei und verlangte, zum Präsidenten geführt zu werden. Schon dachte man daran, ihn zu entlassen, als er durch einen Unfall überführt wurde. Die Eltern des 16-jährigen Robert Wigel, dessen Schädel in der Leine gefunden und mit Sicherheit erkannt worden war, haben zufällig den Sohn der Frau, bei der Haarmann zuletzt gewohnt hatte. Er trug den Kopf ihres ermordeten Sohnes, den, wie sich herausstellte, Haarmann ihm geschenkt hatte. Angesichts dieses unwiderleglichen Beweises gestand Haarmann diese und andere Morde. 27 Morde, deren Opfer Grans sämtlich beige stellt hatte, wurden ihm bisher nachgewiesen. Man glaubt aber, daß die wirkliche Zahl der von Haarmann Ermordeten noch größer ist.

Haarmann gefiel zwar, die jungen Leute gefötet zu haben — an welche kann er sich allerdings wirklich oder angeblich nicht erinnern —, und er schüßelt und demonstriert auch bereitwillig, wie er die Leichen lungigerecht ausgenommen und zerstückelt hat. Aber er leugnet die Mordabsicht. Er behauptet, seinen Opfern im Gesichtsbereich die Kehle durchgebissen zu haben.

Die Akten der Voruntersuchung umfassen annähernd 60 Bände. Die sechs Geschworenen, die über Haarmann den Wahrpruch fällen werden, sind größtenteils Landwirte aus dem Landkreis Hannover. Unter den Zeugen befinden sich in der Hauptsache die Eltern und Angehörigen der 27 Opfer Haarmanns. Ferner sind fünf medizinische Sachverständige geladen.

Der Vorsitzende eröffnete die Verhandlung mit der Bereidigung der Geschworenen und erklärte, daß die Zeugenvernehmungen am Montag beginnen.

Haarmann ruft in diesem Augenblick: „Es ist ja doch nicht notwendig!“

Der Vorsitzende erklärt, ihm sei von der Verteidigung mitgeteilt worden, einige Zeugen beabsichtigen, ein Attentat auf den Angeklagten zu unternehmen. Er habe angeordnet, daß die Zeugen nach Waffen durchsucht werden.

Sobann wird zur Vernehmung Haarmanns geschritten. Haarmann sprach sehr abgehackt und stockend. Er zeigte sich sehr nervös. Wegen Körperverletzung und anderer Vergehen ist er fünfzehnmal verurteilt. Er sagt dazu, daß er zwar nicht zu Unrecht bestraft worden sei, aber er sei nur Käufer von gestohlenen Gut gewesen, daß ihm Diebe dröhnen.

### Der Samjetrubel rollt...

Amsterdams, 3. Dezember. Heute begann hier ein Zivilprozeß der Tageszeitung „Telegraaf“ gegen die Copiediktoren der sozialistischen Tageszeitung „De Volk“. Den Anlaß zur Klage bildet ein Artikel von „De Volk“, worin dem „Telegraaf“ der Vorwurf der Bestechung durch die russische Regierung gemacht wird, weil der „Telegraaf“ Ende 1916 mehrere Sonderbeilagen ausgegeben habe, worfür er von der russischen Regierung 60.000 Gulden erhalten haben soll.

### Alkohol und Rekrutenabschied.

Ein am 7. September in Netersgrün (Westböhmen) abgeschlossenes Rekrutenabschiedstränken, das die ganze Nacht gedauert hatte, fand nunmehr ein gerichtliches Nachspiel. Der Rekrut Johann Schneider aus Netersgrün, der des Guten schon etwas zuviel getan hatte, wurde am 8. September um 8 Uhr früh aus dem Gasthause an die frische Luft befördert, nachdem er Streit begonnen hatte. Darüber erhob, schlug er einem der Gäste ins Gesicht und warf gleich darauf einen über drei Kilogramm schweren Stein durch das Fenster der Gaststube. Der Stein durchschlug eine Fensterscheibe, prallte dann am Fensterrahmen ab und zerstückelte die innere Scheibe durch die Nacht, mit der er aus Fensterrahmen geschleudert wurde.

Johann Schneider wurde wegen öffentlicher Gewaltthat angeklagt und suchte sich mit Vollbrunkenheit zu rechtfertigen, die aber das Gericht als nicht gegeben erachtete. Johann Schneider wurde zu zwei Monaten schwerem Kerker bedingt auf zwei Jahre verurteilt.

### Mit einer Haue empfangen.

Im Verlaufe eines am 21. September stattgefundenen Streites zwischen dem Privaten Sollfrank in Strzbi und dem Maurerhilfen Wenzel Ritter, die im gleichen Hause wohnen, warf dieser dem Sollfrank vor, daß er ihm noch 172 K. schuldig wäre. Sollfrank ging hierauf mit Leopoldine Degmann und Magdalena Wilka in die Wohnung des Ritter, um ihn wegen dieser Klage zur Rede zu stellen. Sie knipften an der Türe an und Sollfrank öffnete gleichgültig die Tür. Da stand aber Ritter schon mit einer Haue bereit und schlug, ohne ein Wort zu sagen, dem Sollfrank mit der stumpfen Seite der Haue auf den Kopf, daß sofort das Blut wasserspritzte. Frau Wilka lief weg, um ihren Mann zur Hilfe zu holen. Inzwischen schleuderte Ritter Frau Degmann zweimal zu Boden. Wilka entwand dann dem Ritter die Haue. Wenn auch die Verletzung des Sollfrank nur eine leichte war, war sie doch mit einem solchen Gegenstande und auf solche Weise zugefügt, daß gemichtlich Lebensgefahr vorhanden und die Verletzung als schwere Körperbeschädigung zu qualifizieren war.

Das Gericht verurteilte Wenzel Ritter zu drei Monaten schwerem Kerker mit monatlich einer Feste unbeding.

### Devisenkurse.

#### Die tschechische Krone notiert in:

London 100 Kr.	120,75	Dollar 1.0175
Berlin 100	120,75	Schweiz. Frank 1.56025
Wien 1	120,75	Mark 126.600,000000
		Österr. Kronen 2.14500

#### Prager Kurse am 4. Dezember.

	Gold	Wagn
100 holl. Gulden	1374,60 00	1380,60 00
1 Billion Mark	8,00 00	8,13 00
100 belg. Franken	170,75 00	172,25 00
100 schwed. Kronen	285,50 00	289,50 00
1 Pfund Sterling	157,20 00	158,20 00
100 Yrre	147,75 00	148,25 00
1 Dollar	23,00 00	23,20 00
100 franz. Franken	180,75 00	182,25 00
100 Dinar	49,50 00	50,00 00
10.000 ungar. Kronen	4,50 25	4,70 25
100 poln. Zloty	658,00 00	659,00 00
10.000 österr. Kronen	4,70 12	4,90 12

listen 5 und die Kommunisten 4 Mandate. Gegenüber den gewählten B. A. der Union haben die anderen Parteien in Ostböhmen fast keine Bedeutung und ihre Anhänger sind in der letzten Zeit sogar noch bedeutend zusammengeschrumpft. In den bedeutendsten Betrieben sind die Stimmen dieser Organisationen im heurigen Jahre zurückgegangen und die Verhältnisse lassen schließen, daß sie im nächsten Jahre noch weniger Bedeutung erlangen werden. Bemerkenswert ist noch, daß von den golden Organisationen in den Betrieben, wo sie ihre Mitglieder haben und die Union weniger Bedeutung hat, überhaupt keine Wahlen durchgeführt werden. Die Gelder zeigen nur dort Interesse an der Wahl, wo die Union die Wahlen durchführt und verhindert, damit sie bei den Firmen nicht in Ungnade fallen, die Stimmen der Arbeitererschaft zu zerstückeln. Soviele man aus den Erfahrungen berichten kann ist das B. A. Wesen in den Betrieben zu einer ständigen und für die Arbeiter unentbehrlichen Einrichtung geworden. Trotzdem das Gesetz viele Fehler und Mängel aufweist und sehr unklar ist, haben sich unsere B. A. in dasselbe sehr gut eingelebt und machen von den Vorteilen des Gesetzes Gebrauch. Durch die vorgelegten Bilanzen und den Geschäftsbericht bekommen auch die B. A. Einblick in das Unternehmen, so wie auch die Betriebsobmänner an den Generalversammlungen teilnehmen. Das die gewählten kommunistischen B. A. Mitglieder an-

belangt, exponieren sich diese in keinem Betriebe und trachten mit den Firmen in aller Freundschaft auszukommen. Ihre Tätigkeit reicht an die Tätigkeit unserer B. A. Mitglieder gar nicht heran, was die Arbeiter bereits einsehen. Unsere Aufgabe wird es sein, im nächsten Jahre unsere Aufmerksamkeit diesen Wahlen noch mehr zu widmen, damit nur wirklich Arbeitervertreter gewählt werden.

# Wenn er kommt . . .

Von Fulvia.

**Autorisierte Uebersetzung aus dem Italienischen von Rude-Grazia.**

„Er schlägt mich tot!“  
Die einen Rehrhein wiederholte sie diese Worte, im ruhigen Ton eines Menschen, der weiß, daß er die Wahrheit spricht.

Im Orte redete man davon wie von etwas Unvermeidbarem, wie man sich mittelste, daß die Gloden des neuen Richturms gewiegt werden sollten. Wenn auch mancher Schlußkopf sich abmühte, einen Ausweg zu finden — man stieß bei der Kompliziertheit des Falles dauernd auf unüberwindliche Hindernisse.

Er lag nämlich so:  
Die Mora von der Mühle, welche mit ihren drei Kindern vor einigen Jahren von ihrem Mann verlassen wurde, hatte vor kurzem ein biesties bekommen. Es hatte zum Vater ihren Onkel, einen ältlichen, noch kraftvollen Mann, der sie mit dem Anschein der Wohlthätigkeit, in Wahrheit aber, um eine Magd und die Jungen gratis zu haben, ins Haus genommen. Und der „Nachzügler“ war ein Gesundheit und Lebenswillen strotzender Pausböck, der für vier Neugeborene zugleich trank und Mühle und Umgegend mit seinem Geschrei erfüllte.

Ein Skandal war es; namentlich die hohe Obrigkeit empfand ihn als solchen, hatte aber in Belang der mildernden Umstände ein Auge zugeblinzt.

„Das Kind muß verschwinden!“ rieten die Gemäßigten.

Leicht gesagt! In der Provinzhauptstadt eignete sich keine der Wohlthätigkeitsanstalten für diesen besonderen Fall; nur das stürmische Meer von Bresotrofio hätte einen Ausweg gewiegt. Da die kirchliche Autorität „offiziell“ nicht einschreiten konnte, nahm sie Fühlung mit einem Advokaten von Ruf und der antwortete mit einem von Gesetparaphrasen gepickten Gutachten, die in hellem Widerspruch zueinander standen.

Und das Meer von Bresotrofio? Nein! Die von zwei Seiten gewaltsam bedrängte Mora warf alle Passivität von sich und lehnte sich energisch auf.

Nein! Sie wollte ihr Kind nicht wegwerfen wie eine faule Frucht. Sie, sie hatte nicht gewollt, daß es zur Welt komme; jetzt war es da, ihre Milch mußte es nähren, ihre Arme es wiegen, ihre Schande ihm zum Kopfkissen dienen. . .  
„Aber du sagst doch, daß dein Mann, wenn er heimkehrt und es an deiner Brust findet, dich todschlägt,“ entgegnete die Nachbarin.

„Wenn er zurückkommt, tötet er mich,“ bestätigte die Mora von neuem.

„Schaff es zu einer Ziehmutter — weit von hier!“

„Und das Geld?“

„Wird er geben — der Vater.“

„Er ist knauserig — tut er nicht.“

Um sie zu trösten, sagte ein Optimist: „Dein Mann kommt aber, hol mich der Henker, nicht! Wenn er noch lebte, hätten Auswanderer ihn in Amerika getroffen . . .“

„Die Welt ist groß.“

„Groß und klein! . . . Es geschehen zuweilen seltsamere Dinge als in den gedruckten Büchern stehen!“

Da traf es sich, daß eines Tages zwei einem Nachbarort entstammende Brüder, die eben aus Kalifornien zurückkehrten, mitteilten, daß Moras Mann mit dem nächsten transatlantischen Dampfer, der in Marseille eintrafe, ausgeschifft werden würde. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht im Ort. Eine Abordnung der Gemeindevorsteher beschloß nach langen Beratungen gegen den bejahrten Onkel, den zweiten Schuldigen, einen Schritt zu unternehmen.

„Das Kind ist Cures“, erklärte der Sprecher der Deputation, aber dabei zitterte seine Stimme so, als wenn der Säugling sein eigener gewesen wäre.

Der schlaue Müller zog aus solcher Schwäche Vorteil.

Er war weder ein verderbter noch ausschweifender Mann; nur geizig, wie ihn die Mora bezeichnete; eher konnte die Welt untergehen, als daß er sich dazu entschlossen hätte, 50 Lire von der Bank zu holen.

Er achtete, leugnete, gab halbe Zusagen, drückte sich mit der Unklarheit eines Mannes aus, der das Gegenteil von dem tun will, was man ihm nahelegt; wie die Unterredung zu Ende war, verließ er der Mühelentür, die sich hinter den lästigen Besuchern schloß, einen bestigen Fußtritt und hätte die Mora mit einem ebensolchen Bedacht, wenn die Acumste nicht geschickt ausgewichen wäre. „Du und dein Balg — ihr sollt verflucht sein!“ mütete der Müller. Aber er wälzte sich schlaflos die ganze Nacht auf seinem Lager. Am anderen Morgen zog er, finsterner als ein Gewitterhimmel, seine Sonntagsgleider an, um nach der Stadt zu gehen.

„Wo willst du hin?“ wagte die Mora zu fragen, indem sie sich in Reichweite hielt.

„Der Teufel soll die holen! Ich muß wegen meiner verdamnten Geschichten in die Stadt!“

„Bist du zum Essen zurück?“

„Ja. Ich werde gerade drinnen bleiben, um mich bei lebendigem Leibe von den verfluchten Gastwirten aufstellen zu lassen. . . Nach Vokenta und Tomaten Salat!“ „Gut, Onkel!“ Sie wühlte, er hatte das Bankbuch mit; ahnte, daß er Geld abheben würde, um den Beweis der Schuld zu beseitigen. Das Weib empfand weder Freude noch Dankbarkeit. Keine Freude, weil sie ihr Kindchen ihr vom Herzen nehmen würden; keine Dankbarkeit, weil ein Gefühl fatalistischer Gerechtigkeit in schliefen, nur vom Instinkt geleiteten Natur lebt; sie fügte sich der Strafe in dem Maße, wie sie diese verdient zu haben glauben.

Das Wetter war herrlich. Die großen, von glühenden Perlen umsprühten Mühlräder, an denen tropfende Gräser haften, drehten sich in rhythmischer Schwung. Die Mora besterte — auf der Türschwelle stehend — Strümpfe und Senden aus und schaufelte mit dem breiten, nackten Fuß die Wiege, worin der Jüngstgeborene schlief; vor dem Hause zitterte die Weibe in fächernder Bewegung über der Frau, dem Kinde und der Schwelle.

„Wie lange wird's noch dauern, bis er kommt?“ fragte sich die Mora, indem sie gleichwohl ihre Aufregung zu beherrschen suchte und mit heller Stimme sang. „Die jungen Leute waren gut unterrichtet; sie sagen, daß sie ihn gesehen haben, wie er das Billeit zur Ueberfahrt kaufte. Also noch vierzehn Tage, und dann . . .“

Noch immer war sie ein schönes Weib, die Mora aus der Mühle, wenn auch schwere Arbeit und Vorwürfe an ihr gezeit hatten; die tief-schwarze Fülle ihres Haares fiel längs der bronzenfarbenen Wangen herab, auf den Hals mit den nicht gewöhnlichen Linien; ihre Bewegungen besaßen mütterliche Grazie.

Sie dachte wieder mit Bittern an die kurze Spanne ihres Zusammenseins mit Rosso von der Meierei Fiora, dem schönsten jungen Mann, den sie, unsterblich verliebt, trotz heftigen Widerstandes der Ihren geheiratet hatte.

Die Ehe war eine böse gewesen; mit Tränen und Qualen aller Art mußte sie ihre Leidenschaft büßen, weil der Mann die Rohheit im Blute hatte und sie — mochte er betrunken sein oder nicht — schlug. So mißhandelt, arbeitete sie wie eine verdammte Seele, um Brot für ihre Kinder und seine Laster zu verdienen. Aber eines Tages — es war wie eine Morgenröte der Freiheit — hatte Rosso, von argentinischen Agenten verlockt, sein Bündel geschnürt und als der traurige Mensch, der er war, die seiner Sorge anvertrauten Existenzen im Stich gelassen, später niemals geschrieben oder Geld geschickt. . .

Sie nahm das Kind aus der Wiege und häßliche die entzündende, rosigte Nacktheit mit jenem estatischen Mutterstolz, der tiefer verwurzelt ist als Vorwurf, Reue und Schmerz. Mählich verhielt sie sich der Schatten der Weibe; sie gab mechanisch die Augen und blieb regungslos stehen, unterdrückte einen Schrei.

„Wer hat dir dabei geholfen?“ war das erste Wort Rossos, denn dieser oder auch nur der Schatten des alten Rosso war der armselige, abgezeigte Wanderer, der — mit einem Bündel auf dem Rücken und eisenschlagenen Stod in der Hand — vor das Tor trat.

Das Weib hatte sich endlich von ihrer tödlichen Erstarrung erholt und ihre Westen drückten das Entsetzen ihres Innern aus.

Sie legte das Kind in die Wiege, stellte sich mit ausgebreiteten Armen, hochaufgerichtet, da vor; ihr einziger Gedanke war, sich mit ihrem Körper zwischen das Kind und die Gefahr zu drängen.

Rosso wiederholte nur dumpf die Frage: „Wer?“

„Madonna!“ flüsterten die violetten Lippen des Opfers.

In den verzerrten Zügen des vor ihr Stehenden hatte sie die rohe alte Kraft wiedererkannt, die blinde Wut, die sie so oft blutig geschlagen, den perverfen Zorn, mit dem die herkulischen Arme des Mannes sie eines Tages — nach einem Streit — über einen großen Bottich gehoben hatten, worin Wäschelauge lochte. Damals retteten sie die Nachbarin, aber heute waren die Säuler ringum leer; es war Markttag, und ihre Knaben waren ahnungslos in dem entfernten Speicher.

„Wer?“ fragte noch einmal die rauhe Stimme Rossos; aber die Arme waren ihm längs der Seiten — zugleich mit dem eisenschlagenen Stod — herabgesunken. Und das Weib, das seit Monaten darauf vorbereitet gewesen, das Opfer zu werden, gewann eine geheimnisvolle Widerstandskraft.

Zwischen den beiden einander Nahen, Keuchenden, entspann sich das düstere Zwiegespräch.

„Wer?“ fragte die Mora, und die weißen Zähne lachten in herausforderndem Spott. . .

„Wer?“ Der deinen Kindern und mir Brot gab, der die armen, nackten Würmer, die du durch deine Flucht verstiehest, von der Straße auflesen.“

„Jetzt kenne ich ihn!“ Rosso biß sich in die Faust, das sie blutete.

„Ja, er!“ wiederholte das Weib und bannte ihn in den magischen Kreis ihres verzweifelt Lachens, ihrer vor Furcht und Tollkühnheit wahnstinnigen Augen. — „Ja, er! Mir ist jetzt alles gleich, weil ich mich ihm, um zu leben, hingegen habe. Und die Schuld ist die deine, du weißt es wohl.“

Ein schwerer, schmerzlicher Seufzer entquoll der nackten, behaarten Brust Rossos: dumpfes Schluchzen, Bestammel von Flüchen draug aus seiner gepregten Kehle.

„Töte mich doch! Was wartest du?“ schrie das Weib ihm fed zu, vielleicht, weil die drohenden Arme reglos an den Seiten des Mannes herunterhingen.

„Ach, du hast die Welt durchreist? Wohl Vermögen erworben? Und wir mußten verderben vor Hunger und Schande!“ stichelte sie in erbarmungslosem Zorn.

„Ich habe kein Vermögen erworben; sie mich an!“

„Das glaube ich dir nicht!“

„Sieh mich an!“

Oh, sie hatte wohl die abgenutzte Kleidung gesehen, die durchlöchernten Schuhe, die gelbliche Haut des einst Frischen und Gefunden, den müden Ausdruck des früher feurigen Auges; alle Zeichen des Unglücks und physischen Zusammenbruchs stellte sie an der traurigen Gestalt des Vogabunden fest.

„Was willst du hier? Deine Söhne wissen nichts von dir . . . Das ist nicht unser Haus; seiner von uns kann dir helfen.“

„Ich weiß.“

„Geh zum Priester, zum Vorstand, überallhin am Ort. Wirst ja sehen, ob sie dir die Hand brüden. Mir aber hat — so sehr ich sehnte — seiner den Gruß verweigert.“

„Du hast mich also?“

„Ueber den Menschen ist Gott; er wird richten. Töte mich!“ Und sie wandte ihm das schöne, fahle Gesicht zu, den von Zorn und Leidenschaft geschwellten Lippen.

„Nein!“ sagte er langsam.

Bündel und Stod lagen zu seinen Füßen; die herben, von konvulsivischem Zittern bebenden Hände waren so fest ineinanderberchungen, als wollten sie sich jede Gewalttat verbieten.

„Nein, Frau; du hast recht. Mir steht es nicht zu, dich zu töten. Du sagtest die Wahrheit; die Schuld ist mein. Ich habe euch verlassen, der Strafe überantwortet, dich wie ein elender Bützel behandelt. . . Du hast recht; lebe in Frieden.“

Schweigend raffte er seine sorgliche Habe auf. Sie lehrte sich mit plopplichem, unverständlichem Eifer ihm zu:

„Wo gehst du hin?“

„Was weiß ich. Suche irgendeine Arbeit.“

„Bist du krank?“

„Ich glaube.“

„Was konnte dich so verändern?“

„Ich bin viel gewandert, habe viel gesehen und gehört. Irgendwas hat den Schleier vor meinen Augen gerissen, irgendwas die Schale um mein Herz zersprengt.“

„Was führte dich her?“

„Nichts; ich wollte vorbeikommen wie ein Windstoß, wie eine Wolke, wie ein Blatt.“

„Und was wirst du tun?“

„Ich weiß es nicht. Nichts Schlechtes.“

Sie sahen sich an wie in Zeiten ihrer Liebe. Die Seelen erforschten sich noch einmal — und ließen sich für immer.

„Leb wohl!“

„Leb wohl!“

Der Mann verschwand mit dem müden Schritte dessen, der kein Ziel verfolgt; aber er hatte den rechten Weg gefunden.

Das Weib schloß die Haustür und warf sich schluchzend über die Wiege, (vielleicht, weil er sie nicht getötet hatte) . . .

## Literatur.

Alexander Guindon: „Dizzo“. Erzählung aus dem Jahre 1920. Dr. Malik-Verlag, Wien-Berlin. Eine kleine, spassige Geschichte, nüchtern erzählt, ganz im amerikanischen, sachlichen Ton, inhaltlich an groteske amerikanische Filme erinnernd. Ein Multimilliardär icht seinen Gel (einen ehlen, vierbeinigen, nicht etwa sein Sohn) zum Universalerben ein, daraus ergibt sich eine Reihe von satirischen Möglichkeiten, die der Autor geschickt ausnützt. Mister Langohr ist ein guter Patriot, und natürlich eifriger Verteidiger des Privateigentums, die Kirche reklamiert ihn für sich, schließlich tritt er vom Schauplatz ab und zieht seine Freiheit der Gewohnheit des Milliardärs vor. Das ist alles nicht ohne Witz erzählt, aber es ist ein bißchen lang. Straffere Komposition, schnelleres Tempo, hätte der Geschichte nicht geschadet. Die Idee an sich reicht ja für einen Scherz, zu einem größeren Werk läßt sie sich nicht auswalzen, ohne daß sie an Wirkung verliert. Aber stellenweise ist das Büchlein doch so vergnüglich, daß es einen günstigen Eindruck hinterläßt. F. R. (Wien.)

## Kunst und Wissen.

Zweimaliges Gastspiel Selma Kurz. Kammer-sängerin Selma Kurz von der Wiener Staatsoper gastiert am Dienstag, den 9. d. in „Trabiata“, am Freitag, den 12. im „Taubadour“.

Operettenaufführung im Deutschen Vereinshaus. Montag, den 8. Dezember (Feiertag) findet im Theatek des Deutschen Pensionsvereines die erste Operettenaufführung in dieser Spielzeit statt. Zur Uraufführung kommt die einaktige Milieu-Operette „Onkel Berl hat Recht“ von Bernhard Grün unter Leitung des Komponisten.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Freitag „Zauberflöte“; Samstag Gastspiel Tyrolt „Großstadtluft“; Sonntag nachmittags Arbeiter-vorstellung „Der Kuh“, abends „Rinoldni-gin“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag „Blauer Zirkus“; Samstag „Cio-Cio“; Sonntag 3 Uhr nachmittags „Illusionen“; abends Gastspiel Tyrolt „Großstadtluft“.

## Aus der Partei.

### Jugendbewegung.

Sozialistischer Jugendverband, Ortsgruppe Prag. Montag, den 8. d. M. findet im „Verein deutscher Arbeiter“ (Prag II., Smetch 27, Haus Beseda) um 7 Uhr abends ein Vortrag des Genossen Franzl über Toller statt. Pünktliches Erscheinen Pflicht!

## Bereinsnachrichten.

Freie Vereinigung sozialistischer Arbeiter. Heute abends, 8 Uhr, im Karolinum Vortrags- und Diskussionsabend über das Thema „Der deutsche und der tschechische Student“. Das einleitende Referat hält Universitätsprofessor Dr. Emanuel Kádl. — Gäste willkommen.

## Bereitet den „Sozialdemokrat“.

Herausgeber Dr. Ludwig Egeh. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Rechner. Druck: Deutsche Zeitungs-L.G., Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

**Osram-Nitra**  
Das Schaufenster, dessen Licht den Zuschauer blendet, verliert an Zugkraft.  
Versuchen Sie Osram-Nitra, opal.  
  
Mit Osram-Lampen zu besserem Licht.

**Kalla's Fischkonserven**  
werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.  
Verlangen Sie daher nur **Kalla's Fischkonserven** in allen Konsumvereinen erhältlich.

**KINO-PROGRAMM**  
Vom 5. bis 11. Dez.

**LIDO 10**  
Eine närrische Nacht im Separé.  
Süßpiel in 6 Akten.  
Der naive Rinderwagen.  
Süßpiel in 2 Akten.

**BIO ORIENT** Hybernaska ul. Hotel „Central“.  
Wegen des enormen Erfolges die dritte Woche prolongiert!  
**Die Glabentönigin.**  
Ausschließliches Recht für Prag.  
Enormer Erfolg!  
Unwiderruflich letzte Woche.

**O LUCERNA** Tel. 1940, 4437.  
Berühmter POLA NEGRI-Film  
**Bella Donna**  
DIE GIFTMISCHERIN  
Roman eines unglücklichen Weibes. In den Hauptrollen: Pola Negri, Conrad Nagel, Conway Tearle. Bekannt a. d. Film: „Die Modella“.

**Wo vertehren wir?**  
**Café Continental**, Prag-Graben  
**Goldenes Krenzel**, Prag-Melagana.

**Gastwirtschaft „Lidový dům“**  
Der Genossenschaft „Ganymed“  
Täglich Konzert **PRAG II.**, Hybernaska Nr. 1.

**Café „Nizza“**  
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

**Wran Urania-Kino**  
Einziges deutsches Kino Prag.  
täglich 1/8 und 8 Uhr  
**Nibelungen I. Teil**, Siegfried.

**RESTAURANT VESELKA**  
PRAG II., BÉHOVA 5.  
Menü à K6 8.50 Erstkl. Küche. solide Bedienung.